

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Die 40stündige Arbeitswoche her!

Schluß mit dem Lohnabbau und den Überstunden!

F. K. Am 15. Januar wurden in Deutschland 4 1/4 Millionen Arbeitslose gemeldet. Inzwischen haben sie sich, wie alle Zeichen annehmen lassen; noch weiter vermehrt. Heute mögen es ihrer schon 5 Millionen und mehr sein. Aber nicht nur die ganz Arbeitslosen, auch die Kurzarbeiter haben beängstigend zugenommen. Es vergeht ja kaum noch ein Tag, wo nicht weitere Betriebs einschränkungen berichtet werden. Das Los der Kurzarbeiter ist um keinen Deut besser, als das der ganz Arbeitslosen, ja zum Teil ist es, von der Geldseite gesehen, noch übler. Der heutige Zustand erinnert einen an die Kriegszeit. Nach einiger Zeit war sich jeder halbwegs Eingeweihte klar, daß nur beherzte Taten aus dem fürchterlichen Engpaß führen konnten. Trotzdem geschah nichts, es sei denn, man sieht die schwächlich protestierenden Reden im Parlament und ein paar Entschließungen als Taten an. So hungerte und blutete die arbeitende Bevölkerung immer mehr, bis es eben nicht mehr ging, bis der völlige Zusammenbruch unausbleiblich war. Weil die dazu berufenen Faktoren nicht den Mut aufbrachten, beizeiten das Nötige gegen das Unheil zu tun, kam die Katastrophe.

Wird es mit der Wirtschaftskrise anders sein? Auch gegen sie ist von den vor allem dazu berufenen Faktoren nichts getan worden, es sei denn, man sieht die Ankündigung des Preisabbaus und ein paar Gesetze n t w ü r f e als Taten an. So hungert und verelendet und verzweifelt die arbeitende Bevölkerung immer mehr — bis es eben nicht mehr geht. Bei dem Zusammenbruch im Jahre 1918 beschuldigten sich die Parteien gegenseitig, an dem namenlosen Unglück schuld zu sein. Dasselbe wird wohl auch nach dem jetzt kommenden Zusammenbruch der Fall sein, allerdings mit dem Unterschied, daß das Ergebnis des Schuldstreites anders sein wird, weil sich die Meinung hierüber schon ziemlich stark verdichtet hat.

Eine wesentliche Besserung ist nun allerdings ohne tiefe Eingriffe in die kapitalistische Mißwirtschaft nicht möglich. Für solche Eingriffe aber fehlt dort, wo sie gemacht werden müssen, vorderhand noch das Bewußtsein der Notwendigkeit, von dem Willen ganz zu schweigen. So bleibt nichts anderes, als die Kräfte auf die kleineren Mittel der Besserung zu richten. An solchen Mitteln fehlt es nicht. Einige von ihnen sind im Programm des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angeführt. Dort wird vor allem die 40stündige Arbeitswoche genannt.

Gewerkschaftliche Programmforderungen sind keine Papierfüller, sondern sind zum Verwirklichen da. An der Unerläßlichkeit der 40stündigen Arbeitswoche ist nicht zu zweifeln. Die Unternehmer sind ja jetzt selbst eifrig dabei, das zu beweisen. Sie führen die 40stündige, ja gar die 36- und 30stündige ein. Betriebliche Notwendigkeiten bestimmen sie. Bei einem Teil dieser Unternehmer spielt soziale Einsicht in starkem Maße mit. Das ist der Fall bei den großen Gemeindebetrieben in Berlin, bei den Harburger Ölwerken, in der Zigarettenindustrie und anderwärts. Diese Unternehmen haben die Arbeitszeit bedeutend verkürzt, um keine Entlassungen vornehmen zu brauchen. Dadurch werden zwar neue Beschäftigungsmöglichkeiten nicht geschaffen, wohl aber die Last der Krise auf mehr Schultern verteilt, so daß sie leichter zu tragen ist. Das ist vom proletarischen Gesichtswinkel gesehen ein beachtenswerter Vorteil. Denn wenn die Arbeitszeit nicht verkürzt worden wäre, würden neue Arbeiterhaufen auf die Straße kommen, und der zermürbende Druck, der heute schon von der Straße her auf die Arbeitsbedingungen und die Moral der noch beschäftigten Leute ausgeübt wird, würde noch zermürbender werden.

Gerade den noch beschäftigten Leuten muß alles daran liegen, daß die Arbeitszeit ganz allgemein und wesentlich verkürzt wird. Wenn ihnen nichts daran läge, wenn sie nicht weitere Entlassungen durch Arbeitszeitverkürzung zu verhindern suchten, dann würden auch sie über kurz oder lang auf die Straße kommen, und bis dahin würden sich ihre Arbeitsbedingungen noch mehr verschlechtern. Ganz abgesehen von dem Gegensatz, der sich zwischen den noch beschäftigten Arbeitern und ihren erwerbslosen Klassengenossen auftrifft. Ein Gegensatz, den zu vermindern aller Anlaß vorliegt, soll er nicht zur Gefahr für die ganze Arbeiterschaft werden.

Es haben somit vor allem die noch beschäftigten Leute allen Grund, darauf zu dringen, daß zumindestens die 40stündige Arbeitswoche unverzüglich zum Gesetz wird. Zum Gesetz! Denn wenn sie nicht gesetzlich festgelegt wird, geht die Überstundenschieberei lustig weiter; und wenn, was noch wichtiger ist, dieser oder jener Betrieb wieder mehr Aufträge bekommt, wird die jetzt unter dem Drucke des Mangels an Aufträgen eingeführte kurze Arbeitszeit gleich wieder verschwinden und an ihrer Stelle die längere mit Überstunden treten, bis die Aufträge erledigt sind. Hierauf werden frische Entlassungen eintreten. Anders ausgedrückt, das Mehr an Aufträgen, die wirtschaftliche Besserung würde sich nicht

auf dem Arbeitsmarkt auswirken, die Beschäftigungslosigkeit würde ungeschwächt fort dauern. Das soll und muß verhütet werden. Jede wirtschaftliche Besserung soll dem Arbeitsmarkt zugute kommen. Dies ist dadurch zu bewirken, daß die Möglichkeit zu einer Arbeitszeit über 40 Stunden hinaus gesetzlich gehindert wird.

Während 5 Millionen Menschen nach Arbeit suchen, wird noch vielerorts 48, 52, 54 und noch mehr Stunden wöchentlich geschafft. In dem Bericht der Gewerbeaufsicht für Düsseldorf ist nachzulesen, wie tausendfach die Überstundenschieberei noch im Schwange ist. In anderen Bezirken dürfte es schwerlich anders sein. Diesem unerhörten Unfug sollte unter allen Umständen sofort ein Ende bereitet werden.

Und dann muß besonders mit der Amokkläuferei auf die Lohntüte Schluß gemacht werden. Es gibt keinen vernünftigen Menschen, der nach all der Erfahrung mit dem Lohnabbau noch den Unsinn verträte, daß er zur wirtschaftlichen Gesundung führe. Jeder halbwegs geistig normale Mensch weiß, daß die Lohnkürzung nur tiefer in den Morast treibt. Wenn das Gemeingut aller Vernünftigen ist, wenn an der verschlimmernden

Wirkung der Lohnkürzung nicht mehr gezweifelt werden kann, dann sollten endlich Maßnahmen dagegen getroffen werden.

Einführung der 40stündigen Arbeitswoche, Unterbindung der über 40 Stunden wöchentlich hinausgehenden Überarbeit und Abstoppen des Lohnabbaues können natürlich, wie die Dinge zurzeit liegen, nur durch die Gesetzgebung vollführt werden. Man sage nicht, daß das unmöglich sei, solange man es nicht wenigstens einmal versucht hat. Man sage nicht, daß dazu der gesetzgeberische Weg zu lang und heute zu engpaßreich sei, solange man nicht wenigstens einmal einen Anlauf dazu genommen hat. Wenn aber der gewöhnliche gesetzgeberische Weg ja nicht gangbar sein sollte, so bleibt immer noch der Weg der Notverordnung. So gut wie man durch Notverordnung den Lohnraub vollführt, muß er auch, so müßte man meinen, durch Notverordnung abgestoppt werden können. Ob das möglich oder unmöglich ist, muß durch einen tatkräftigen Versuch dargetan werden.

Es muß den an Gott und den Menschen verzweifelnden Arbeitslosen der eindeutige Beweis erbracht werden, daß alles ernstlich versucht worden ist, ihr Elend zu mildern. Wenn aber dieser Versuch nicht gemacht wird, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß ihre Verzweiflung über das Maß des Ertragens und über den Rahmen der Gesetzlichkeit hinaustreibt. Alle sozialistischen Kräfte sollten darauf gerichtet werden, daß die 40stündige Arbeitswoche eingeführt und die Überarbeit wie der Lohnraub unterbunden werden. Fürs Nichtstun gibt es hier keine Ausrede. Gar keine!

Großangriff auf den Lohn

Die Schwerindustriellen drohen mit 20 vH Lohnabzug!

Mit den bisherigen Lohnsenkungen sind die Schwerindustriellen offenbar nicht zufrieden; sie gehen ihnen zu langsam und sind ihnen nicht hoch genug. Darum haben sie jetzt einen Großangriff eingeleitet. Der Anschlag hat viel Ähnlichkeit mit dem, der von der Leitung des Stahlwerks Becker gemacht wurde. Wir haben damals die Belegschaft dieses Werkes eindringlich gewarnt, ihrer Direktion auf den Leim zu gehen. Leider hat das nichts gefruchtet, weil die christlichen Gewerkschaften auf den Köder anbissen. Dadurch wurde dem Unternehmertum der Weg geebnet, der nun über den Tarifvertrag hinweg weiterzugehen versucht wird.

Jetzt kommen die Vereinigten Stahlwerke mit dem Vorschlag, die Gewerkschaften sollten in eine Lohnkürzung einwilligen — andernfalls müßte der Hüttenbetrieb Ruhrort-Meiderich stillgelegt werden. Diese Drohung brachte den Fridolin der Schwerindustriellen, den sattsam bekannten Oberbürgermeister von Duisburg, den Dr. Jarrés, auf die Beine. Natürlich nicht auf Geheiß der Hüttenbarone, behüte, sondern durch die Sorge um die Stadtkasse von Duisburg: die Stadt habe schon unerträglich viel Erwerbslose zu unterstützen, darum müsse getrachtet werden, die Stilllegung des Werkes Ruhrort-Meiderich zu verhüten. So, nun hatten die Hüttenherren den gewünschten Vorwand, mit ihrem Plane herauszutreten: sie fordern einen Lohn- und Gehaltsabbau von 20 vH; und noch einiges vom gleichen Kaliber. Unter diesen Bedingungen seien die Vereinigten Stahlwerke bereit, 4500 Mann von den bereits gekündigten 7000 weiter zu beschäftigen bis zum 31. Oktober 1931.

Also eine Arbeitsbürgschaft gegen 20 vH Gewinn aus dem Arbeitslohn. Wenn die Vereinigten Stahlwerke die Arbeitsbürgschaft für diese Belegschaft wirklich einhalten, so werden sie eben in ihren andern Werken eine gleiche Zahl von Leuten auf die Straße setzen. Es kann ihnen schließlich gleich sein, ob sie ihre Aufträge in Ruhrort oder sonstwo erledigen lassen. Für die Gesamtheit der Hüttenarbeiterschaft ist mit der Arbeits-

bürgschaft also nichts gewonnen, wohl aber durch ihre Vorbedingung viel riskiert: nämlich 20 vH ihres Lohnes. Und wenn die Belegschaft in Ruhrort auf den Köder anbisse, würde sich das Spiel mit dem Lohnabzug, verstärkt durch die Drohung der Stilllegung, anderwärts wiederholen, ohne daß am Ende auch nur ein Mann mehr in Beschäftigung bliebe. Nein, es würden noch mehr Leute entlassen werden, weil ja jede Lohnsenkung die Käufermasse verringert und die Geschäftsflaute verallgemeinert.

Das aber kümmert die Unternehmer nicht gerade, wohl aber die Erhaltung des Profits. Das Kapital der Vereinigten Stahlwerke ist stark verwässert und unerhört viel Geld ist in Fehlanlagen verpulvert worden. Mit der sinkenden Geschäftstätigkeit sinkt natürlich auch die Profitrate, wenn — wenn man sich nicht am Lohn schadlos hält. Es soll nun auf Kosten des Lohnes die Profitrate aufrechterhalten werden. Die Arbeiterschaft soll aus ihrer Tasche den Herren die Gewinnrate bezahlen. Das ist der Zweck des Großangriffs auf den Lohn. Wäre es nicht so, dann hätten die Herren Schwerindustriellen mit dem Abbau bei sich selbst und ihren Direktoren begonnen. Aber kein Mensch hat vernommen, daß den Großverdienern eine Lohnsenkung von 20 vH angetragen worden wäre, andernfalls sie abgebaut werden würden. Die Herren werden bleiben und ihre fetten Einkommen weiterbehalten. In der Tat. Wie ein Berliner bürgerliches Blatt meldet, soll die vorjährige Dividende von 6 vH auch für das abgelaufene Geschäftsjahr gezahlt werden; eine solche Dividende sei eine Lebensfrage für die Aktionäre. Bei der Bewertung der 6 vH darf man nie vergessen, daß sie in hohem Maße nicht für eingezahltes Kapital, sondern für „Wasser“ gegeben wird.

Wie der neueste Anschlag auf den Lohn endet, ist zur Stunde noch ungewiß. Für den 31. Januar oder 5. Februar sind Verhandlungen mit den Gewerkschaften angesetzt, worüber dann zu berichten sein wird.

Zurück aufs Land?

Nun ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland nahe an 5 Millionen herangerückt. Früher erst für Mitte Februar prophezeit hatten. Und diese 5 Millionen werden bei weitem nicht alle unterstützt! Bekanntlich sind die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung, 60 bis 80 M im Monat, völlig unzureichend zum Lebensunterhalt. Aber die kriegt der Arbeitslose nur eine gewisse Zeit lang, dann ist er „ausgesteuert“ und wird in die Krisenfürsorge abgeschoben, die weit weniger zahlt. Doch auch das nur einige Wochen hindurch, dann kommt die „Wohlfahrt“ dran, deren „Wohltaten“ abermals kleiner sind als die der Krisenfürsorge. Und damit ist es dann zu Ende. Ewig kann auch die „Wohlfahrt“ nicht zahlen; schon heute schreien die Stadtverwaltungen über die wachsenden Lasten, die ihnen aus der „Wohlfahrt“ und der nackten Armenpflege entstehen. Man kann rechnen, daß ein gutes Drittel jener 5 Millionen schon heute ohne jegliche Unterstützung sind.

Läßt sich gar nichts dagegen tun? Wohl wissen wir und haben es in diesen Spalten oft genug dargelegt, daß die Arbeitslosigkeit eine Giftfrucht der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist und nicht anders als mit deren Vernichtung geheilt werden kann. Aber davon wird heute und morgen kein Arbeitsloser satt. Sind wir völlig hilflos, bis es gelungen ist, den Sozialismus zu verwirklichen?

Unwillkürlich denken wir daran, daß es früher doch nicht ganz so schlimm gewesen ist wie heute. Nicht nur war die Gesamtmenge der Arbeitslosen viel kleiner, sondern ein Teil von ihnen stand in Verbindung mit dem Lande und war dann nie so völlig dem Elend preisgegeben wie jetzt. Der kleinste Bauer oder auch Landarbeiter, wenn er nur eine Hütte hat und ein Stückchen Land, das ihm, sei es auch bei schwerster Arbeit, die nötigsten Nahrungsmittel gewährt, steht doch nicht so nackt und

Aus dem Inhalt

	Seite
Die 40stündige Arbeitswoche her! — Großangriff auf den Lohn — Zurück aufs Land?	41
Eisen- und Emailierwerke AG Sprottau	42
Fortschritte der Glühlampentechnik — Der Schornstein qualmt nicht mehr...!	43
Wenn Kinder sich langweilen... — „Eine Ehe kann angefochten werden, wenn...“ — Die Arbeiterfrau	44
10. Tagung des Reichsbeirates der Betriebsräte und der Konzernvertreter — Die Tragödie eines patriotischen Kriegsfreiwilligen	45
Zur Neuwahl der Betriebsvertretungen — Winterarbeit in den Ortsverwaltungen — Verschleierte Drohung?	46

bloß da wie der Proletarier der Industrie. Läßt sich jene alte, heute für die meisten längst verschwundene Verbindung mit der Landwirtschaft nicht in irgendeiner Weise wieder anknüpfen?

Die Kleinsiedlung, wie sie der Staat betreibt, hat mancherlei Zwecke, die wir als Gewerkschafter unter keinen Umständen gutheißen können. Ja, sagen wir es gerade heraus: ihr Hauptzweck ist für uns unannehmbar. Denn der läuft darauf hinaus, eine Anzahl Arbeiter auf Staatskosten mit ein wenig Land auszustatten, das für den nötigsten Nahrungsbedarf dann ausreicht, wenn Frau und Kinder die meiste Arbeit tun und der Mann außerdem auch noch täglich 2 bis 3, in der landwirtschaftlichen Hauptsaison sogar 4 Stunden sich abrackert. Dann hat die Familie das Essen, aber weiter nichts. Für alles übrige muß der Mann noch durch Arbeit in der Fabrik oder bei einem Gutsbesitzer sorgen. Und die Unvorsichtigen unter den Verteidigern solcher Kleinsiedlung gestehen auch seelenruhig ein: der „wirtschaftliche“ Vorteil liege darin, daß so ein Siedler mit weniger Barlohn auskommen könne! Also Lohndrückerei auf Kosten des Staates und durch scheußliche Überarbeitung des Arbeiters samt seiner Frau und seinen Kindern. Nur damit der Unternehmer weniger Lohn zu zahlen braucht.

Mit solcher Siedlung haben wir selbstverständlich nichts zu tun. Aber darum handelt sich hier nicht, sondern hier ist die Frage, ob nicht der Staat von den vielen Millionen, die er alljährlich zur Unterstützung von Unternehmern ausgibt — 100 Millionen für Industriesubventionen, 500 Millionen für „die Landwirtschaft“ macht es sicherlich jedes Jahr aus —, einen Teil nehmen soll, um Arbeitslose anzusiedeln. Also Arbeiter, die nicht in die Fabrik oder zu einem Gutsbesitzer gehen. Aus dem durchschlagenden Grunde, weil sie dort gar keine Beschäftigung finden. Weil sie für den kapitalistischen Betrieb „überflüssig“ geworden sind. Und natürlich soll der Staat sie so ansiedeln, daß sie nicht nur die nackte Nahrung, sondern ihren vollen Lebensunterhalt erwerben können.

Wir möchten keine falschen Hoffnungen erwecken. Eine durchgreifende Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit kann auch dabei nicht herauspringen. Zunächst kommen nur solche Proletarier dafür in Betracht, die schwere Landarbeit zu leisten imstande sind und die sie auch verstehen. Schon das wird für die meisten Arbeitslosen nicht

zutreffen. Außerdem aber kann es selbst für diese nicht von heute auf morgen verwirklicht werden.

Wieviel Land ist nötig, damit eine Familie (immer schwere Arbeit von Mann, Frau, und erwachsenen Kindern vorausgesetzt) davon leben kann? In der „Gewerkschaftszeitung“ (1931 Nr. 1) meint Professor Wilbrandt: „Um Gemüse, Obst, Kartoffeln anzubauen, um ein Schwein, eine Ziege oder ein Schaf und Hühner zu halten, ist ein halber Hektar Land bereits zuviel; ein Morgen reicht und selbst 1000 qm dürften oft dem Familienbedarf voll entsprechen.“ Das scheint uns denn doch arg zu niedrig gegriffen zu sein. Denn in bürgerlichen Schriften finden wir 5000 qm als das Mindestmaß dessen angegeben, was nur für die Nahrungsproduktion einer Familie erforderlich ist, und zwar unter den oben genannten scheußlichen Bedingungen der Überarbeitung. Daraus scheint uns zu folgen, daß eine Ansiedlung, die der Familie weniger als 10 000 bis 20 000 qm (1 bis 2 ha) zur Verfügung stellt, nicht in Frage kommen kann. Darauf kann dann wohl eine Familie außer ihrer Nahrung auch noch Obst, Gemüse, Kartoffeln usw., vielleicht auch Milch zum Verkauf hervorbringen und so ihre sonstigen Bedürfnisse decken. (Freilich bleibt dann die Frage des Absatzes offen; finden sie keine Käufer für ihren Überschuß, wovon sollen sie dann ihre Kleidung usw. kaufen?)

In der Tat hat der Staat in der sogenannten Ansiedlersiedlung in den zehn Jahren 1919/1928 ungefähr 58 000 Siedler mit Zuschußland im Gesamtumfang von rund 67 600 ha versehen, was auf den einzelnen im Durchschnitt 11 700 qm ausmacht. Das waren also Leute, die schon etwas Land hatten und vom Staat soviel hinzubekamen, daß eine „Ackernahrung“ voll wurde. Allerdings sind das sehr wenig, nur etwa 6000 im Jahr, was angesichts der 5 Millionen Arbeitslosen winzig ist. Und auch die haben das Land nicht umsonst bekommen, sondern gegen Anzahlung. Es ist aber nicht einzusehen, weshalb der Staat — dem doch die Arbeitslosigkeit immer mehr auf die Nägel brennt — dasselbe Werk nicht großzügiger unternehmen sollte. Das erforderliche Geld mag er aus den Hunderten von Millionen nehmen, die er jetzt als Subventionen für Unternehmer alljährlich verschwendet. Und das Land ist auch da. Hier hat Professor Wilbrandt ganz Recht: 30 Millionen Hektar dienen in Deutschland der Landwirtschaft. Davon läßt sich eine Million unter allen Umständen abzugeben, und die reicht für ungefähr eine Million Siedler dieser Art.

Die Not schreit!

Die Notverordnung, die die Kürzung der Erwerbslosenunterstützung brachte, war wohl das gemeinste Weihnachtsgeschenk, das je notleidenden Menschen gemacht wurde. Jeder, der davon betroffen wurde, wird das christliche Fest der Liebe mit dem bittersten Beigeschmack gefeiert haben. Vorausgesetzt natürlich, daß es ihm überhaupt noch möglich war, eine Feiertagsfeier zu veranstalten. Denn die paar Groschen, die man einem Krisenunterstützten jetzt in die Hand drückt, reichen ja nicht mal zum Sattessen. Seine Unterstützung ist durch die Notverordnung weit unter die Hungergrenze herabgedrückt worden.

Nur einige Unterstützungssätze, die bestimmt nicht nach der Berechnung, daß ein Mensch einen Magen und somit gleichen Hunger hat, gemacht worden sind, geben uns schon ein Bild vom großen Elend der Krisenopfer. Da gibt man einem allein stehenden Ledigen 10,20 M, einem andern 10,80 M, einem alleinstehenden zwanzigjährigen Mädchen 8,80 M, einem Ehepaar, das monatlich 40 M Miete für die Wohnung zahlen muß, 10,67 M, einem andern Ehepaar mit drei schulpflichtigen Kindern ganze 15,68 M Krisenunterstützung die Woche.

Was sollen die Menschen mit solchen Hungersätzen anfangen? Nach Abzug der Miete haben sie nur noch einige Pfennige, und da können sie doch unmöglich auch nur die zur Erhaltung eines menschlichen Körpers die notwendige Nahrung bestreiten.

Nach Ansicht unserer christlich-nationalen Regierung ist der Arbeitslose wohl kein Mensch mehr, denn sonst würde sie ihn nicht solche beschämenden Unterstützungssätze geben. Sein Körper ist durch die schlechte und unzureichende Ernährung geschwächt. Der Hunger ist bei ihm Küchenmeister und saugt ihm die letzte Kraft aus den Knochen. Ganze Familien, von jüngsten Kind bis zum Erwachsenen, sind, was bei der miserablen Ernährung nicht ausbleiben kann, unterernährt, und wenn heute eine verheerende Seuche ausbräche, dann würde sie in weiten Schichten unseres, durch Unterernährung geschwächten Volkes reiche Opfer finden.

Kommt so ein Arbeitsloser, der mit seiner Unterstützung nicht auskommen kann, zum Wohlfahrtspfleger und bittet um Beihilfe, dann versucht man ihn dort mit den Worten abzuwimmeln: „Was wollen Sie denn? Sie bekommen ja noch Erwerbslosenunterstützung und kommen für uns noch gar nicht in Frage!“

Gibt man ihm aber tatsächlich nach Prüfung seiner Lage eine kleine Beihilfe, dann ist diese auch nur so gering, daß es sowie wie ein Tropfen auf einen heißen Stein ausmacht. Die jammervolle Lage des Erwerbslosen wird dadurch nie gebessert. Denn mehr als zusammen 12 M bekommt ein Lediger die Woche nicht. Mit den paar Kröten muß er sich dann elendig durchhungern. In der Mitte der Woche hat er meistens nichts mehr zu beißen, und dann treibt ihn die Not in fremde Häuser, wo er bettelnd an die Türen klopf und froh ist, wenn ihm jemand ein Stück trockenes Brot gibt.

Unsere Regierung findet immer neue Wege, um die Proleten noch mehr auszuhungern. Aber kein Anzeichen deutet darauf hin, daß sie ernsthaft einen Weg betritt, der das Los des Heeres der Erwerbslosen verbessert. Daher sind die einzige Hoffnung der Erwerbslosen die Arbeiterorganisationen und die freien Gewerkschaften, die für sie in der schwersten Schicksalsstunde eintreten und für eine Besserung ihrer erbärmlichen Lage kämpfen müssen. R. K.

Eisen- und Emailierwerke AG Sprottau

Arbeiterentlassungen und Preisdiktate sollen helfen

Die Eisen- und Emailierwerke AG mit dem Sitz in Sprottau (Schlesien) beschäftigte bei Vorlegung der Bilanz für das Geschäftsjahr 1928/29, das am 30. Juni 1929 abließ, rund 2400 Arbeiter und Angestellte. In dem kürzlich vorgelegten Bericht für das Geschäftsjahr 1929/30 wird Kenntnis gegeben, daß die Umsätze in der ersten Hälfte des letzten Geschäftsjahres noch als befriedigend bezeichnet werden konnten, daß aber in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres ein starker Umschwung eintrat, der die Verwaltung veranlaßte, die Belegschaft der Werke stark herabzumindern und mit dieser eingeschränkten Arbeiterzahl nur etwa die Hälfte der normalen Arbeitszeit auszunutzen. Angaben über die heutige Belegschaftsstärke werden im Bericht nicht gemacht, im Sommer waren es noch rund 1800 Köpfe. Wohl aber erfahren wir, daß der Gesamtumsatz im Gegensatz zum Vorjahr, wo 11,59 Millionen M umgesetzt wurden, diesmal 10,86 Millionen M betragen hat. Trotz der immerhin erheblichen Verringerung der Belegschaftszahl, die wir unter Einrechnung der Kurzarbeit gut und gern mit einem Viertel des vorjährigen Bestandes ansetzen können, hat der Umsatz sich nur um 700 000 M, also noch nicht einmal um 6 vH, verringert.

Das Geschäftsergebnis des abgelaufenen Jahres wird in Bericht und Bilanz so dargestellt, daß nicht nur keine Dividende verteilt wird, sondern sogar ein Verlust von 368 000 M ausgewiesen werden muß, der nur zu einem ganz geringen Teile aus dem vorjährigen Vortrag mit 25 000 M gedeckt wird, während der restliche Verlust von 342 816 M in neue Rechnung vorge tragen wird. Der Reservefonds, der seit Jahren 680 000 M, das sind genau 10 vH des Aktienkapitals von 6,8 Millionen M, beträgt, wird einstweilen unangetastet gelassen.

Es wurde viel über die Gesellschaft geredet, als die Breslauer Eisengroßhandelsfirma Otto Schwartz, deren Inhaber Großaktionär und Mitglied des Aufsichtsrats von Sprottau war, ihre Zahlungen einstellte. Schwartz, der jetzt aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist, hatte nach und nach etwa den vierten Teil des Aktienkapitals von Sprottau in seinen Besitz gebracht: dieses Aktienpaket mußte jetzt von den beteiligten Banken übernommen werden, die von einem Verkauf bei dem heutigen Börsenkurs von nur 16 vH einstweilen absehen werden. Größere Verluste sollen jedoch bei der Zahlungseinstellung von Schwartz für Sprottau nicht entstanden sein. Sprottau soll an dem Zusammenbruch des Fürsten Pleß mit größeren Beträgen beteiligt sein, doch soll ja, wie verlautet, der Preussische Staat hier helfend eingreifen.

Der Grund- und Gebäudebesitz, der über 900 000 qm umfaßt, steht mit 3,9 Millionen M genau 100 000 M niedriger zu Buch als das letzte Mal. Maschinen und Öfen sind mit 12 Millionen M in ungefähr derselben Höhe wie in den Vorjahren bewertet. Mit weiteren 893 000 M sind die „Mobilen und Utensilien“, die Eisenbahnschleppgleise mit 246 000 M und die Elektrizitätswerke Kotzenau und Mallnitz mit zusammen 32 000 M in der Bilanz bewertet. Das bedeutet, daß das gesamte Aktienkapital in diesen Anlagewerten festliegt. Nur Fuhrpark und Modelle sind bis auf den Merkposten abgeschrieben. Die Betriebswerte setzen sich aus 2,4 Millionen M Vorräten, kleinen Beträgen für Kasse und Kundenwechsel, schließlich 285 000 M Wertpapieren und Beteiligungen sowie 1,48 Millionen M Außenständen zusammen.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wird der Rohgewinn beträchtlich geringer als im Vorjahre ausgewiesen, und zwar zusammen mit dem Sonderposten „Verschie-

dene Einnahmen“ mit 1,94 gegen 2,55 Millionen M. Von diesem Rohgewinn sind aber nach üblicher Sitte erhebliche Beträge, die nicht ausgewiesen werden sollen, vorweg abgebucht. Die Verwaltung gibt in ihrem Bericht selbst zu, daß beispielsweise die Verluste an der Kundschaft, also an faulen Zahlern, vorweg abgebucht sind, nähere Angaben darüber fehlen leider. Diese Verluste sollen jedoch verhältnismäßig gering sein.

In der Generalversammlung wurde von dem Aufsichtsratsvorsitzenden, Rentenbankdirektor Lipp, ausgeführt, daß das Geschäft im zweiten Halbjahre „geradezu katastrophal“ gewesen sei. Bei den genannten Umsatzziffern muß demnach das Geschäft im ersten Halbjahr — um bei diesen Kraftausdrücken zu bleiben — geradezu großartig gewesen sein. Schuld an diesem Rückgang hat nach Ansicht des Aufsichtsratsvorsitzenden zum Teil die ungünstige Lage auf dem Baumarkt, und für die landwirtschaftlichen Artikel sei der Absatz durch die Kapitalnot der Landwirtschaft erschwert gewesen. Dadurch habe sich ein außerordentlich starker Wettbewerb herausgebildet, worunter die Preise gelitten haben. Leider sei die Gesellschaft nur für Abflußrohre durch Syndikate geschützt. Dabei leistet die Gesellschaft sich den Luxus, neuen Verbänden anzugehören, vom Verband deutscher Maschinenbau-Anstalten bis zum Verband deutscher Milchkannenfabrikanten, darunter ist auch das Guße-maille-Syndikat. Der Aufsichtsratsvorsitzende glaubte die Hoffnung aussprechen zu müssen, daß die Werke sich bald zu neuen Preissyndikaten zusammenfinden, damit eine „vernünftige“ Preisbildung erzielt wird.

So malt sich in diesen Köpfen die Welt: Die Preise sind nicht vernünftig, wenn die Abnehmer möglichst vorteilhaft beliefert werden, sondern wenn jeder Wettbewerb ausgeschaltet wird. Arbeiterentlassungen und Preisdiktate sind der Unternehmerweisheit letzter Schluß. Und das Ergebnis bei Sprottau: Heute ist die Produktionsfähigkeit beispielsweise in Badewannen nur zu 40 vH ausgenutzt, wovon noch die Hälfte ins Ausland geht.

Julius Fries.

Profitverheißende Schiebung

Die riesigen Befestigungen an der Ostgrenze Frankreichs sind bald fertig. Die französische Rüstungsindustrie hat dabei einen Reibach sondergleichen gemacht. Sie sehnt sich danach, das Geschäftchen zu verlängern. Um dazu zu kommen, um Parlament und Steuerzahler für die Milliardenopfer bewegen zu können, müssen gewichtige Gründe vorhanden sein. Die französischen Industriellen haben von den deutschen Rüstungstigern etliches gelernt, so daß sie wissen, wie die „Gründe“ geschaffen werden: man zeigt den lieben Landsleuten, wie wild der Nachbar rüste, wodurch sie ängstlich werden und die Geldopfer für die „nationale Rüstung“ nicht scheuen.

Solch eine verheißungsvolle Schiebung macht, wie wir dem SPD entnehmen, die französische Rüstungsindustrie jetzt. Sie hat in Köln ein Flugblatt vertreiben lassen, worin für ein deutsch-französisches Militärbündnis geworben wird. Militärbündnis mit Deutschland will heißen Vermehrung des deutschen Heeres, will heißen Bedrohung der andern Staaten, Angst für einen Überfall und mehr — Geld für Kriegsrüstungen. Das heißt einen unaufhörlichen Reibach für die gesamte Rüstungsindustrie, die ja in ganz Europa eng verschwägert ist.

Es nimmt infolgedessen gar nicht wunder, daß die Deutsche Bergwerks-Zeitung den Plan der französischen Rüstungsindustriellen vertritt. Da springt auch ein hübscher Batzen Geld für die deutschen Schwerindustriellen raus. Ist man dazu hüber wie drüber bis an die Zähne bewaffnet, läßt sich viel leichter ein kleines Kriegchen andrehen. Ministerielle Laubburschen und eine geziemende Zahl von Säbelschleifern werden sich dann heuern oder einschießen lassen, und die Politikanten dürfen dann an die Front, um Begeisterung von sich zu geben und die mangelnde Friedensliebe der bösen Feinde zu brandmarken. So hat dann wieder jeder sein Geschäftchen, auch die Proleten. Die dürfen dann wieder „zum Schutze des heimischen Herdes“ oder für die „Ehre des Vaterlandes“ sich schlachten lassen und selbst schlachten, während daheim die Rüstungsindustriellen und die Lebensmittelwucherer die fetten Kriegsgewinne einstreichen und den Staat nach Strich und Faden betrügen.

Der Krieg bringt eben Beschäftigung für alle Stände. Nun wird man verstehen, warum die Deutsche Bergwerks-Zeitung für den Plan der französischen Schwerindustrie eintritt. Das sollten auch alle Proletarier begreifen.

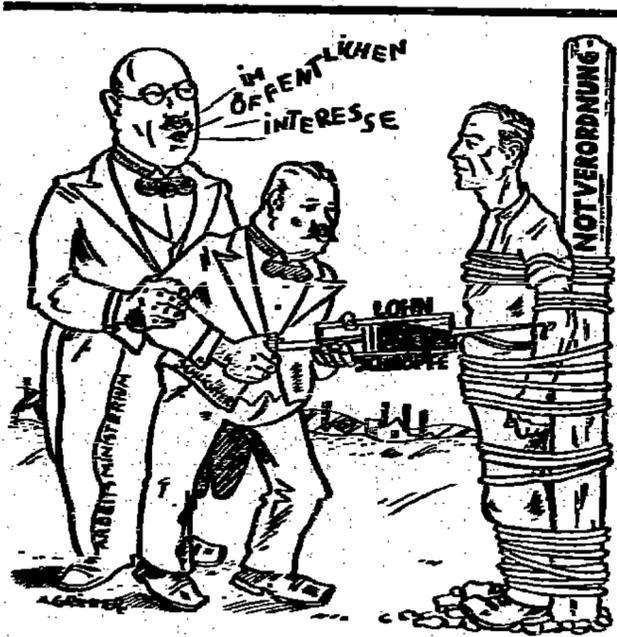


O diese Korruption!

Die Nationalsozialisten haben einen Reichstagsabgeordneten namens Sprenger, der in Frankfurt a. M. wohnt. Der würdige Volksvertreter geht in der Öffentlichkeit nicht los gegen die Korruption der Republik und ähnliche Übel. Der tugendhafte Mann ist auch Mitglied des Preussischen Staatsrats und des Verwaltungsrates der Reichspost. Ein Mann, der soviel Kraft und Zeit zur Beseitigung der Korruption der Republik dransetzt, muß natürlich gut leben, um seine wertvolle Kraft dem „Dritten Reich“ zu erhalten. Dieser Selbstverständlichkeit wird er auf folgende Art gerecht:

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Sprenger hat für den gleichen Tag aus öffentlichen Kassen nachstehende Bezüge erhalten: als Postinspektor etwa 20 M, als Mitglied des Reichstages ebenfalls 20 M, als Mitglied des Preussischen Staatsrats 17,50 M, als Mitglied des Verwaltungsrats der Reichspost 50 M, insgesamt 107,50 M. Das aber hat Herr Sprenger noch nicht genügt, er hat auch der Reichspost je 30 M für Hin- und Rückreise berechnet, also zusammen 60 M, obwohl er beide Reisen von oder nach seinem Wohnort nicht vorgenommen hat. Außerdem aber hat Herr Sprenger, obwohl er beim Staatsrat nur auf eine Entschädigung von 17,50 M Anspruch hat, den Betrag von 37,50 M beansprucht.

Diese lieblichen Einzelheiten erfahren wir aus einer Anfrage, die der Landtagsabgeordnete Jürgensen an die Preussische Regierung gerichtet hat. Man muß es dem nationalsozialistischen Abgeordneten Sprenger lassen, er versteht das nationalsozialistische Geschäft wie kaum einer.





Technik und Werkstatt



Fortschritte der Glühlampentechnik

Von Dipl.-Ing. K. Ruegg

(Nachdruck verboten.)

Die Kohlefadenlampe hat unbestritten über ein Viertel Jahrhundert den Markt beherrscht; heute wird sie nur noch wenig verwendet (für Glühlampenwiderstände usw.), so daß ein einziges kleines Werk den ganzen Bedarf von Europa zu decken imstande ist. Das Gegebene sind jetzt die Metallfadenlampen mit ihrem um 70 vH geringeren Stromverbrauch, gleiche Lichtstärke vorausgesetzt, und zwar werden fast ausschließlich Fäden aus Wolframmetall benutzt, das einen sehr hohen Schmelzpunkt besitzt (3400 Grad) und bei der Betriebstemperatur der Fäden (2700 Grad) nur verhältnismäßig wenig verdampft.

Anfänglich machte es besondere Schwierigkeiten, aus dem Wolfram, das durch Reduktion der Wolframsäure gewonnen wird und ein schweres, schwarzes Pulver darstellt, feine Drähte herzustellen. Unterwirft man Wolframpulver hohem Druck, so kann man zwar Stäbe pressen, allein diese brechen bei leichtem Anstoß sofort auseinander, auch durch nachträgliches starkes Erhitzen (Sintern) oder durch kolloidchemische Verfahren gelang es nicht, bruchsfähige Stäbe und Fäden zu erzeugen, bis dann schließlich erkannt wurde, daß das Kneten des glühenden Metalls zum Ziele führt. Die aus Pulver gepreßten und weißglühend gemachten Stäbe gelangen heute in Hämmermaschinen, die in der Minute einige Tausend Schläge aussteilen und den Querschnitt auf einen Bruchteil der anfänglichen Größe herunterhämmern. Der so erhaltene Stab ist nun biegsam, kann ausgewalzt und zu feinsten Drähten (1/100 mm Dicke) ausgezogen werden, die sich leicht um den Finger wickeln lassen, ohne zu brechen.

Das hier kurz geschilderte Verfahren ist Gegenstand eines im Besitz des größten Lampenkonzerns befindlichen Weltpatents, gegen dessen Erteilung seinerzeit 40 Einsprüche erhoben wurden, die jedoch alle Zurückweisung erfuhr. Aus 1 kg Wolframmetall lassen sich je nach den Größenverhältnissen Leuchtfäden von 50 000 bis 100 000 Lampen herstellen. Was die Erzeugung der Lampen anlangt, die einen Weltbedarfsartikel darstellen, so ist diese, insbesondere, wenn typisierte Ausführungsformen in Betracht kommen, weitgehend rationalisiert, das heißt die Handarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt. Einige Zahlen seien hier genannt: Von den neuesten Maschinen ist jede einzelne imstande, stündlich etwa 1000 Lampen zu liefern, und ein einziges Berliner Werk der Ostramgesellschaft kann, falls Bedarf vorliegt, täglich 200 000 Lampen herstellen. Da die Firma auch für die Ausfuhr tätig ist und nicht allein typisierte Lampen zu liefern hat, sondern Lampen der verschiedensten Ausführungsform und Menge, so finden noch eine große Zahl Arbeiter und Arbeiterinnen Beschäftigung, insbesondere auch in der Abteilung für Radioröhren, wo die Handarbeit noch nicht durch Maschinenarbeit verdrängt ist.

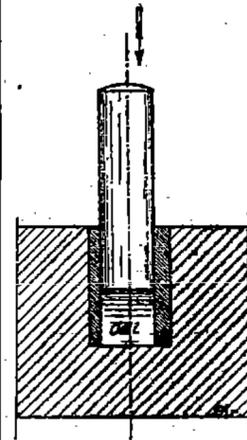
Außerst sinnreich sind in den neuzeitlichen Werken die Vorrichtungen zur Überwachung der Lampenerzeugung. Um sich zu vergewissern, ob die Luftverdünnung im Innern der Lampe hoch genug ist, werden Kästen mit einer Anzahl Lampen in ein starkes elektrisches Feld hereingebracht. Glimmt die Lampe auf, so ist sie fehlerhaft und wird herausgenommen. Um ferner festzustellen, ob eine Lampe die richtige Kerzenstärke hat, schraubt man die Lampe in ein Prüfpult und drückt auf einen Taster. Es entsteht auf einer Mattscheibe ein Lichtpunkt, dessen Lage innerhalb oder außerhalb zweier paralleler Linien anzeigt, ob die Lampe, die einer Fabrikationsreihe entnommen ist, genügt oder zum Ausschluß gehört. Jede einzelne Lampe der gesamten Erzeugung zu prüfen, ist natürlich nicht angängig.

Ein bedeutender Fortschritt auf dem Gebiet der Glühlampentechnik war die Erfindung der Halbwattlampe, die den geringsten Stromverbrauch aufweist. Frühzeitig hatte man schon erkannt, daß, falls die Lampe nicht luftleer gepumpt, sondern mit etwas Stickstoffgas gefüllt wird, die Verdampfung des Fadenmaterials, auch wenn die Temperatur noch weiter steigt, verhältnismäßig gering bleibt, allein es zeigte sich eine Schwierigkeit: die Ableitung der Wärme, die im luftleeren Raum der gewöhnlichen Metallfadenlampe klein bleibt, wird bei der Stickstofffüllung so bedeutend, daß die Fadentemperatur nicht in der gewünschten Höhe aufrechtzuerhalten ist. Eine Beobachtung, die gleichzeitig in Amerika und in Deutschland gemacht wurde, führte zum Erfolg. Man verwendete nicht einen einfachen Wolframdraht, sondern wickelt ihn in feinen Wendeln (Spiralen) auf. Die Benutzung solcher Drahtwendeln ist nun Gegenstand eines zweiten Pionierpatentes geworden: in der ganzen Welt, wo Halbwattlampen hergestellt werden, müssen derartige Drähte Verwendung finden.

Rastlos immer weiterstrebend, sucht die Industrie die Wirtschaftlichkeit der Lichterzeugung in den Lampen noch weiter zu erhöhen, ohne indessen bisher Erfolge erzielt zu haben. Ein Weg, den die Erfinder gegangen sind, war der, die hochschmelzenden Karbide des Tantals und Niobs als Fadenwerkstoff zu benutzen. Doch es zeigte sich, daß nach längerer Betriebsdauer der Kohlenstoff verdampfte. Dann suchte man die sogenannte selektive Strahlung glühender Oxyde, die im Auerstrumpf verwendet wird, nutzbar zu machen, indem man den Leuchtfaden mit solchen Stoffen überzog, allein der erwartete Lichtgewinn blieb aus, da die Strahlung des Fadens durchdringt. Ob der nun von einer Studiengesellschaft eingeschlagene Weg, die elektrische Entladung durch Gase weiter auszubilden, zum Ziele führen wird, muß die Zukunft erst lehren.

Lösen von Büchsen in Sacklöchern

Wie oft kommt es vor, daß in Maschinenteile eingepreßte Büchsen, vor allen Dingen Ventil- und Lagerbüchsen, zur Erneuerung oder aus anderen Gründen wieder aus dem Maschinenteil entfernt werden müssen. Bei Vorhandensein eines sogenannten Durchgangsloches ist die Entfernung ohne große Schwierigkeit möglich. Anders verhält es sich bei sogenannten „Sacklöchern“, die ein von unten auszuführendes Anfassen unmöglich machen. Auch muß oftmals darauf geachtet werden, daß eine Beschädigung der herauszunehmenden Büchse unter allen Umständen vermieden werden muß, da eine Neuanfertigung mit großen Kosten verbunden ist. Oftmals ist die Entfernung der Büchse aus dem Maschinenteil nur zu kleinen Nacharbeiten nötig, die man jedoch wegen Unhandlichkeit des Maschinenteils daraus entfernen muß. Als Beispiele, die man natürlich beliebig erweitern kann, sei nur das Nacharbeiten der Ventilsitze an großen Armaturen angeführt.



wie aus der Figur ersichtlich, mit Öl an, schiebt den oben zurecht gemachten Bolzen in die Bohrung der Büchse bis er auf dem Öl aufsitzt. Wenn keine Spindelpresse vorhanden ist, genügen ein paar Schläge auf den Bolzen in Richtung gegen das Öl, um die Büchse zu lösen. Auf diese Weise läßt sich jede Büchse lösen, auch wenn sie noch so fest eingepreßt ist.

Bei langen Büchsen, die also einen langen Preßweg besitzen, muß, wenn sie halbwegs gelöst ist, etwas Öl zugeworfen werden. Natürlich läßt sich auch Wasser verwenden jedoch ist Öl wegen seiner größeren Dichte dem Wasser vorzuziehen. Auch muß es kein reines Öl sein, sondern es genügt ganz gewöhnliches, kaltes, gerade zur Verfügung stehendes Maschinöl. Paul Bleicher, Ing.

Elektronmetall — Brandgefahr — Löschmittel

Das Bearbeiten von Elektronmetall, besonders das Drehen, erfordert einige Vorkenntnisse, nicht nur in bezug auf Anfertigung von Drehstählen. Auch äußerste Vorsicht und Anwendung aller nur denkbaren Vorsichtsmaßregeln gegen die überall lauende Brandgefahr. Nichts ist in der Metallbearbeitung gefährlicher als Elektronmetall-Abfälle (Späne), denn sie besitzen die Eigenschaft, bei der geringsten Funkenbildung blitzartig aufzuflammen und im Nu alles zu verbrennen, was von der Flamme erreichbar ist. Die Ausdehnungsfähigkeit oder Gefährlichkeit des Brandes ist ganz ungeheuer, wenn man sich vorstellt, daß in kurzer Zeit (Sekunden) die ganze Werkstatt unter Flammen steht. Das Betreten solcher Abteilungen ist mit brennender Zigarre, Zigarette, Pfeife oder mit offenem Licht strengstens verboten. Und doch kommt es fast täglich vor, daß es in solch einer Abteilung brennt, ja selbst die Arbeiter haben sich mehr oder weniger an die Alltäglichkeit gewöhnt.

Die Brandursache, außer den oben angeführten und streng verbotenen feuergefährlichen Gegenständen, besteht in der Hauptsache im Material oder dessen Behandlung. Ein im Material befindliches winziges Sandkörnchen, das bei der Bearbeitung mit der Schneide des Drehstabes in Berührung kommt, genügt, um eine Funkenbildung entstehen zu lassen. Die Späne selbst sind so leicht, daß sie in der Luft, durch einen leichten Windzug getragen, herumfliegen, was zur Folge hat, daß sie ebenfalls brennend die Werkstatt durchfliegen. Der Brand ist nicht an einen festen Ort gebunden, sondern immer wechselnd, überall Nahrung suchend und überall sofort brennend, wenn sich solche gefunden hat. Eine weitere Brandgefahr besteht auch dann, wenn der Dreher seinen Drehstahl nicht rechtzeitig nachschleift. Dadurch entsteht zwischen Material und Drehstahl eine größere Reibung, die mitunter so groß werden kann, daß die abgedrehten Späne warm, ja sogar heiß werden und somit Anlaß zur Entzündung geben. Diese Gefahr kann nur durch Aufmerksamkeit des betreffenden Arbeiters beseitigt werden. Kühlmittel, wie sie im allgemeinen bei der Metallbearbeitung angewendet werden, z. B. Sulfonwasser oder Öl, können bei der Bearbeitung von Elektronmetall nicht verwendet werden.

Die Lösversuche, die in umfangreichem Maßstab unternommen wurden, ergaben lange Zeit kein wirkungsvolles Löschmaterial. Wasser oder sonstige allgemeine Löschmaterialien scheiden schon von vornherein aus. Auch Total- und Perkeo-Feuerlöcher bewährten sich ebensowenig, wie Natriumkarbonat in Verbindung mit oder ohne Sand. Auch Mineralöl wirkte nicht. Dagegen ergaben geregelte und gestufte Mischungen von Sand und Salmiak und trockenem Karnalit bessere Resultate. Als am besten wurde eine Mischung von zwei Fünfteln Sand, zwei Fünfteln Salmiak und einem Fünftel trockenem Karnalit ausprobiert und gut befunden. Von diesem Gemisch kann der entstandene Brand wie unter einer Haube zum Ersticken gebracht werden.

Knöpfe aus Milch

Die Wege unserer technischen Zivilisation sind oft so wunderbar, daß der Laie staunt. Heut macht man die meisten Knöpfe nicht mehr aus Natur-Bein, sondern aus dem sogenannten Kasein, das aus Milch gewonnen wird. Das „Galalith“ ist ein so hergestelltes, vielfach verwendbares Kunstprodukt, auch „Kunsthorn“ genannt. Der künstliche Düngestoff „Harnstoff“ (der auch im Urin enthalten ist) wird als Ausgangsprodukt für eine Kunstmasse verwendet, die als „Preßharz“ von Birmingham in den Handel kommt. Es hat eine Ähnlichkeit mit Porzellan, daher stellt man Becher und Gläser, Schüsseln und Röhren (auch für Gasschlauch verwendbar) daraus her. Man kann diese Glas scheinbar nicht möglich zu sein — nun wird uns ein anscheinend vollwertiger Ersatz geboten.

Der Schornstein qualmt nicht mehr ...!

Wir machen uns meist gar keinen Begriff von den großen Staubmengen, die mit der Luft vermischt sind. Hunderte von Tonnen Kohlenstaub fliegen in manchen Industriegegenden wöchentlich durch die Feueresssen und verderben die Luft. Forscher stellten fest, daß in 1 cm³ reiner Gebirgsluft etwa 1000 Staubeile enthalten sind, während darin in Großstädten 300 000 bis 500 000 Staubeilchen gemessen wurden.

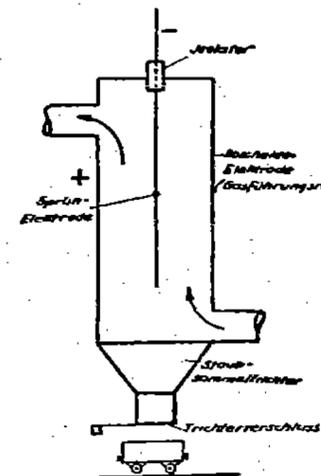
Aber nicht nur unsere Gesundheit bedrohen diese Staubbeimengungen. Auch kostbare Werte gehen mit den Abgasen verloren. In Zechengebieten, wo die Gichtgase als Generatorgas nutzbar gemacht werden, verstopfen mit der Zeit die Staubablagerungen die Leitungsrohre und schaffen beträchtliche Reinigungskosten. In anderen Industrien werden bei der Aufbereitung bedeutende Anteile der Metalle als Oxydstaub mit den Abgasen mitgerissen. Es ist nicht selten, daß auf diese Art 10 vH und mehr der Metalle buchstäblich „verfliegen“. In der chemischen Industrie ist es bei vielen Verbrennungs- und Verdampfungsprozessen nicht besser.

Nicht zu verwundern ist es daher, daß man seit langem bestrebt ist, die Abgase zu reinigen. Es wurden Filter eingebaut, die die Staubbeimengungen niederschlagen sollten. Der Rauch oder das Gas wurde durch plötzlich erweiterte Kammern geführt, die seine Geschwindigkeit verringern und dadurch dem schwereren Staub Gelegenheit lassen, niederzusinken. Dasselbe wird erreicht, wenn das Gas durch kleinporeige, sogenannte Sackfilter geführt wird. Durch oftmalige Knickung der Gasführungen und Einfügung von Fangwänden werden ebenfalls die trägeren Staubkörper aufgehalten. Sehr bekannt ist ferner die Bestrahlung der Gase durch ganz feine Wasserstrahlen mittels Düsen. Hierbei nimmt das Wasser die Beimengungen mit. Alle Systeme sammeln natürlich den Niederschlag an einer zentralen Stelle. Wenn auch manche Erleichterungen und Erfolge mit den geschilderten Filtern erzielt wurden, haften ihnen doch noch viele Mängel an. Das Gas verliert einen großen Teil seiner Geschwindigkeit und Wärme, was seine Brauchbarkeit für eine weitere Verwendung als Nutzgas herabsetzt. Wasserfiltration zieht außerdem eine unangenehme Klärung des Wassers nach sich, um die Staubablagerungen wieder verwendbar zu machen. Eine sehr große Verbesserung hat in dieser Hinsicht das Elektrofilter gebracht. Lang war aber der Weg zu wirklich gebrauchsfähigen Apparaten. Erst in den letzten Jahren hat sich das Elektrofilter immer mehr Freunde erworben.

Wie können wir uns nun den Staubniederschlag im Elektrofilter erklären? Hierzu müssen wir etwas auf das Gebiet der elektrischen Gasentladung eingehen. Die Theorie stellt sich vor, was auch durch praktische Versuche bestätigt wurde, daß in allen Gasen Träger der Elektrizität fein verteilt vorhanden sind. Sie sind so klein, daß man sie auch mit dem allerbesten Instrument nicht wahrnehmen kann, und zwar stellen sie in der Größe zum Beispiel nur einen winzigen Bruchteil eines Wasserstoffatoms dar. Diese „Elektronen“ wiederum setzen sich aus einem sogenannten Planetensystem zusammen, das heißt viele negative „Ionen“ kreisen wie um eine Sonne, um einen positiven Kern. Prallen solche Elektronen nun mit großer Geschwindigkeit zusammen, so können von ihnen negative Ionen abgespalten werden, die dann selbstständig weiter schwärmen. So ein

Anprall kann künstlich hervorgerufen werden durch ein starkbewegtes elektrisches Feld, wie es bei einer Sprühentladung vorkommt.

Die Skizze zeigt eine vereinfachte Aufzeichnung der Anwendung der Gasentladung für ein Elektrofilter. Die Rohrwandung des Gasluftkanals wird hierbei gleich als positive Elektrode benutzt, während die negative Elektrode durch einen Draht, der isoliert in die Mitte des Rohres eingeführt ist, gebildet wird. Wenn jetzt die Elektroden unter hoher Spannung (50 000 bis 100 000 Volt Gleichstrom) gesetzt werden, fängt der negative dünne Draht an zu sprühen. Er erzeugt dadurch Elektronen, die mit rasender Geschwindigkeit in den freien Raum geschleudert werden. Sie prallen dabei sofort auf die Elektronen des durchströmenden Gases auf und zerspalten diese infolge ihrer Wucht in negative Ionen und dem positiven Kern. Da sich, wie bekannt, in der Elektrizität verschieden geladene Teilchen anziehen, bleibt der positive Kern an der Sprühelektrode, während die negativen Elektronen weiter zum + Mantel wandern. Hierbei treffen sie die Staubkörner des strömenden Gases und laden sie mit ihrer Elektrizität auf. Die nun negativ geladenen Staubteilchen werden jetzt ebenfalls von der Abscheide-Elektrode (Rohrmantel) angezogen und sammeln sich an dieser. Dort fallen sie herunter oder werden periodisch durch Schüttelrührer abgesammelt und landen in dem Staubsammeltrichter.



Statt des oben beschriebenen Zylinderfilters, der nur eine kleine Leistung hat, werden in der Praxis im Rauch- oder Gaskamin immer je eine positive und negative Platte nebeneinander aufgehängt, durch die dann die Gase streifen. Die negativen Elektroden bestehen aus einem Metallrahmen, der mit Gitter bespannt ist, die positiven Elektroden aus einer glatten oder Wellblechtafel.

Die zum Betrieb notwendige Gleichspannung wurde bisher durch einen rotierenden mechanischen Gleichrichter hergestellt, der die entsprechende Wechselspannung von einem Transformator abnahm, welcher an der Gebrauchswechselspannung lag. Da sich jedoch vom rotierenden Gleichrichter aus Rundfunkstörungen durch die Funkenübergänge bemerkbar machen, geht man dazu über, ruhende Ventilgleichrichter zu verwenden, die ähnlich wie unsere Radiolampen, nur in sehr vergrößertem Maßstab gebaut sind. A. Janicke.



Familie und Heim



Wenn Kinder sich langweilen . . .

Ja, das ist eine schlimme Geschichte, wenn unsere Kinder sich langweilen. Da heißt es schnell für neue Begeisterung sorgen, sonst ist Schluß mit der guten Laune. Besonders schwierig ist die Lage dort, wo ein Kind allein, ohne Geschwister sich unterhalten soll. Da muß wirklich die Mutter zwischendurch sich Zeit nehmen, um ihrem Kinde Spielkamerad zu sein und ihm neue Anregung zu geben.

Habt ihr schon mal ausprobiert, was sich aus Papier alles machen läßt? Wir nehmen einen großen Bogen weißes Papier (zur Not geht auch Zeitungs- oder anderes bedrucktes Papier), falten ihn mehrfach zusammen und schneiden nun eine Reihe kleiner Männlein und Weiblein aus, die sich alle an den Händen halten. Wenn wir den Bogen nun wieder auseinanderfalten, so haben wir gleich eine ganze Serie solcher Papierpüppchen. Eine Reihe nach der anderen wird nun abgetrennt und darf mit unserem Kleinen Ringelreihen tanzen. Oder das Kind baut aus seinen Holzklötzchen lange primitive Schulbänke für die papiernen Herrschaften und waltet dann als Lehrer seines Amtes.

Besonders hübsch ist es, wenn wir mit unseren bunten Farbstiften die Püppchen bemalen. Mutter malt ein paar vor, jedes wieder anders: das eine hat blonde Haare, blaue Augen und ein rotes Kleid mit weißen Tupfen, das andere kriegt schwarze Haare, braune Augen, ein grünes Höschen und einen braungrünen gestreiften Kittel. Die Phantasie und der Farbensinn des Kindes werden dadurch geweckt und mit Feuereifer macht es sich daran, die Männlein und Weiblein „anzukleiden“. Auch zusammenhängende Tannenbäume lassen sich auf diese Art serienweise herstellen. Die werden oben grün, unten am Stamm braun bemalt. Wenn wir schon besser ausschneiden können, so zaubern wir ganze Reihen von Blumenstöcken hervor. Durch abwechslungsreiche Bemalung entsteht im Handumdrehen ein farbenprächtiger Blumenladen. Aus starkem, doppeltem Papier lassen sich auch alle möglichen Figuren zum Aufstellen ausschneiden, wenn wir die oberste Linie als Bruch nehmen, also ganz oben das Papier nicht durchschneiden. Wenn unser Kind schon sicher mit der Schere hantieren kann, so darf es natürlich auch selber allerhand ausschneiden: Fransendeckchen, durchbrochene Läufer oder hübsche Figuren, die es sich zuerst nach unseren blechern Teig-Ausstechformen auf das Papier vorzeichnet.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen Müttern raten, in einer Schachtel alles zu sammeln, was sich irgendwie zum Spielen und Basteln verwenden läßt: Buntes und einfarbiges Papier, Seidenpapier sowohl wie Pappendeckel, Silber- und Staniolpapier von Schokolade- und Zigarettenpackungen, leere Fadenspulen und Seidensterne, alle möglichen leeren Schachteln und Schächtelchen, Stoff- und Wollrestchen u. dergl. Welch herrliche Bauten entstehen zum Beispiel aus leeren Zündholzschachteln! Außerdem lassen sich die Schachtelbrettchen zu zierlichen Gemälden verwenden. Außenherum wird durch einen breiten Farbstrich der Rahmen markiert, in die Mitte malt man ein Segelschiff, einen Blumenstrauß oder ähnliches, und schon ist ein niedliches Bildchen für die Puppenküche fertig. Kinder spielen und schaffen ja am liebsten mit solch primitivem Material, bei dem sie lustig draußloswirtschaften können und nicht alle fünf Minuten zur Vorsicht und zum Aufpassen gemahnt werden.

Noch eine besonders einfache und sehr beliebte Beschäftigung möchte ich hier anführen: das Seifenblasen. Wie schnell ist ein Schüsselchen Seifenlauge und ein Strohhalm bereitgestellt und welch schöne, bunt-schillernde Kugeln lassen sich nun blasen! Statt des Strohhalmes können wir auch starkes, tütenförmig zusammengedrehtes Papier verwenden. Dann entstehen Riesenkugeln, die den Kindern besonders viel Spaß machen. Oder wir schneiden aus Seidenpapier kleine Kasperle oder Tiere. Wenn die Kugel halb ausgeblasen ist, hängen wir vorsichtig so ein Figürchen hin, blasen die Kugel fertig und lassen sie mit diesem lustigen Anhängsel davonfliegen. Gibt das ein Hallo!

Natürlich hat jedes Alter seine besonderen Spiele. Einen zehnjährigen Buben kann man kaum mehr für Papiermännchen begeistern und einem einjährigen Kind darf man zum Beispiel keine Zündholzschachteln zum Spielen geben, weil es diese in den Mund stecken würde. Doch das wissen ja von Fall zu Fall die Mütter selber am besten zu beurteilen.

Es sollte mich freuen, wenn diese Zeilen neue Anregung gebracht hätten. Ein bißchen Nachdenken und etwas Phantasie — mehr braucht es ja eigentlich gar nicht, um unser Kind vor Langweile zu schützen. M. Schulz.

Das Glück schnell vorbei

Juchhe, wir kriegen eine neue Wohnung! So jubelten tags lang unsere Kinder. Unsere Wohnung, die eigentlich eher den Namen Loch verdient, war vom Wohnungsamt kontrolliert und für menschenunwürdig befunden worden. Wir bekamen den bewußten Schein und konnten uns eine neue Wohnung mieten. Gepackt wurde mit Herzenslust und luftige Pläne gemacht. Denn mit der neuen Wohnung sollte ja ein neues Leben beginnen.

Wir erhofften ja soviel nach dem langen, langen Warten auf eine bessere Wohnung. Das Geld würde dazu ja reichen. Der Junge kam bald aus der Lehre und versprach viel Geld zu verdienen. Das Mädel wollte Tag und Nacht an der Nähmaschine sitzen. Na und der Vater, er hatte immer seinen Verdienst und war selten arbeitslos. Da konnte man schon einen Umzug riskieren.

Die neue Wohnung war ja auch keine von den teuren Luxuswohnungen, sondern im Verhältnis zu anderen immer noch billig. Und schön war sie. Zwei große helle Zimmer, ein nach Osten das andere nach Westen. Goldig und warm schien die Morgensonne herein und das Abendrot leuchtete in alle Ecken. Dazu ein großes Badezimmer. Außerdem einen schönen Balkon, wo Tisch und Stühle stehen konnten. Das Allerschönste aber war die Küche, das Reich der Mutter. Warmwasserversorgung! Ja, wer's so haben kann. Zwei blanke Hähne spendeten je nach Bedarf warmes oder kaltes Wasser. Als Gipfel der Behaglichkeit die Zentralheizung. Ganz ohne unser Zutun wurde die Wohnung warm, was ja im April, dem Einzugsmonat, noch sehr zu begrüßen war. Da brauchte man keine Kohlen mehr zu schleppen und keine Asche wegbringen. Kein Rauch, kein Ruß, kein bißchen Staub zu schlucken. Na, da wollten wir aber all gesund werden. Hatte doch jeder von uns von der dunklen Hofwohnung, wo wir viele Jahre gehaust hatten, ein Andenken in Gestalt von Husten, Katarrh oder Rheumatismus mitgebracht. Denn Kälte und Nässe sind in den Armeleutewohnungen die schlimmsten Feinde des Menschen.

Wie nun die neue Wohnung in Schuß war, kamen die lieben Verwandten zur Besichtigung. Alles wurde von innen und außen begutachtet. Die Tante Emilie meinte, wir sähen schon ganz anders aus, die Kinder hätten so frische Farbe und im allen sähe die Freude aus den Augen. Aber die Miets, die Mietel! Ach, sagten wir, die Miets sei gar nicht so schlimm. Wenn man Sonne, Luft und Wärme hätte und noch ein warmer Bad dazu, dann brauche man ja auch nicht soviel zu essen. Das Vieles sei überhaupt ungesund. Tante lachte darüber. Ich glaube ganz bestimmt, sie war neidisch auf unsere schöne Wohnung.

In unsrer großen Freude hatten wir gar nicht mehr an die Not gedacht. Jedesmal, wenn ein Monat zu Ende ging, hielt der Möbelwagen vor den Häusern unserer Siedlung. Da wurde das bißchen Hausrat aufgepackt und fort ging. Tragödie der Umbeitelung, die die Miets nicht mehr zahlen konnten — denn sie waren arbeitslos geworden. Je länger der Winter, desto mehr Möbelwagen bekamen wir zu sehen. In der Silvesternacht wurde sogar heimlich gezogen, oder wie der Berliner sagt: es wurde gerückt.

Bis jetzt waren es nur die anderen, die aus dem Paradiese vertrieben wurden. Aber eines Tages klopfte auch an unsere Tür Frau Sorge. Der Vater war arbeitslos geworden. Obwohl er sieben Jahre in der Stellung war, hatte er ganz unverhofft die Kündigung erhalten. Aber das nicht allein. Unser Junge, den soviel Geld verdienen wollte, bekam noch nicht einmal sein Kostgeld als Lehrling ausbezahlt.

Wie es nun bei uns kommen wird, kann sich ja jeder denken. Ein Arbeiter vermag sich nur kurze Zeit über Wasser zu halten, denn zum Sparen bleibt ihm ja nichts.

Für uns heißt es nun ebenfalls „rücken“, heißt es wieder in eine billige, alte Wohnung ziehen. Die Baugesellschaften brauchen ihr Geld und nehmen nicht viel Rücksicht. So kommt es, daß neue, gesunde Wohnungen leerstehen, während die ungesunden Löcher in düstern Hinterhäusern reißenden Absatz finden. Anna Sch.

„Eine Ehe kann angefochten werden, wenn . . .“

Die Ehe ist nicht nur eine Liebesgemeinschaft, sondern auch eine Lebens-, Tatsachen- und Rechtsgemeinschaft. Ein Vertrag zwischen zwei Menschen, auf ein Leben bemessen. Jeder der Verlobten hat das Recht, vor Eingehung der Ehe Aufklärung zu verlangen, um sich ein Bild von der moralischen, sittlichen und körperlichen Beschaffenheit des anderen machen zu können. Tausch er sich oder wird er getäuscht, so soll er nach dem Willen des Gesetzgebers frei sein. Eine Pflicht zur Offenbarung, die am ehesten dem Wesen der Ehe entspreche, hat der Gesetzgeber nicht aufgestellt, aber es besteht eine Verpflichtung zur Wahrheit, d. h. zur wahrheitsgemäßen Aufklärung auf die Fragen des anderen.

Tatsachen, die sich nach Eheabschluß ereignen haben, berechnen zur Scheidung. Tatsachen, die vor Eheabschluß liegen, geben unter den Voraussetzungen der §§ 1333, 1334 ff. eine Anfechtungsmöglichkeit der Ehe, die auf landgerichtliche Klage zur Nichtigkeitserklärung führt. Nach § 1333 des BGB kann eine Ehe von demjenigen angefochten werden, der sich über persönliche Eigenschaften des anderen Ehegatten getäuscht hat, die ihn bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe von der Eingehung der Ehe abgehalten haben würde.

Nach § 1334 kann die Ehe angefochten werden, wenn der Anfechtende durch arglistige Täuschung über solche Umstände zur Eingehung der Ehe bestimmt worden ist, die ihn unter den gleichen Voraussetzungen, wie oben zitiert, von der Eingehung der Ehe abgehalten haben würden. Pflicht der Richter ist es, bei Auslegung dieser Bestimmungen darauf hinzuwirken, ein Loskommen zu ermöglichen, während andererseits den Versuch ein Riegel vorgeschoben werden muß, bei Nichtvorhandensein von Eheabschließungsgründen auf Dinge zurückzugreifen, die in der Zeit vor der Eheschließung liegen, um auf diese Weise von einer unsympathischen Ehe freizukommen.

Voraussetzung der Anfechtung wegen Irrtums ist der Irrtum über persönliche Eigenschaften körperlicher, geistiger oder sittlicher Art. Anerkannt durch die Rechtsprechung als Anfechtungsgründe sind beispielsweise folgende: schweres, unheilbares Leiden geistiger und körperlicher Art (Langenleiden, Epilepsie), wobei in allen Fällen auch die Frage der Vererblichkeit eine Rolle spielt; Mangel an Unberührbarkeit der Frau, verschwiebene Mutterschaft, gesetzliche Strafe, wenn der üble Ruf weiterbesteht, Trunksucht, Spielleidenschaft, Hang zur Lüge. Ganz auf den Einzelfall ist abzustellen: Zeugnisunfähigkeit des Mannes und Unfruchtbarkeit der Frau. Fälle, die eine besonders vorsichtige Behandlung erfordern, da die Ehe nicht nur zur Kindererzeugung abgeschlossen wird.

Dagegen berechnen nicht zur Anfechtung catchende Vorstrafen naher Verwandter, vorübergehende Krankheiten des Gemüts, geheilte Krankheiten ohne Nachwirkung, vorübergehende Beziehungen des Mannes. Gerade in der Frage des erotischen Vorlebens der Ehegatten läßt das Reichsgericht an der verschiedenartigen Behandlung der beiden Geschlechter fest unter Hinweis auf die Einstellung der breiten Masse des Volkes.

Der § 1334 setzt arglistige Täuschung über Umstände, nicht nur über Eigenschaften voraus. Schweigen genügt hier nicht. Es muß für die Anfechtbarkeit der Ehe die richterliche Feststellung hinzukommen, daß bei Kenntnis der Eigenschaften oder der Tatsache ein vernünftiger Mensch die Ehe nicht eingegangen wäre. Eine schwere Entscheidung, weil sich der Richter in das Seelenleben der Parteien zur Zeit des Eheabschlusses hineinsetzen muß.

Dazu ein doppelter Maßstab; einmal der sachliche, der der allgemeinen Einstellung der Gesamtheit der Menschen in einem solchen Falle, und zwar unter Berücksichtigung auch der Auffassung des Bevölkerungskreises und der gesellschaftlichen Schicht, in der die Ehegatten leben. Dadurch soll die Laune, das Übertriebene in der Auffassung des einzelnen ausgeschaltet werden. Gleichzeitig aber auch daneben die Bewertung vom Standpunkt der klagenden Einzelpersonlichkeit, die aus seinem sonstigen Verhalten, seiner Ehrenhaftigkeit, seiner stärkeren oder schwächeren sittlichen Gesamteinstellung geschöpft werden muß.

Irrtum und auch selbst die Täuschung über finanzielle Verhältnisse bilden nach der ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung keinen Anfechtungsgrund, obwohl gerade hier sehr oft durch Vorspiegelungen und Färbungen vor der Ehe dem anderen Teile Verhältnisse vorgetäuscht werden, die Ursache sehr vieler unglücklicher Ehen sind. Der Gesetzgeber sieht mit Recht in der Ehe kein Geschäft. Dagegen hat das Reichsgericht dann eine Anfechtung für zulässig erachtet, wenn der Ehemann unwahre Angaben über seine berufliche und damit im Zusammenhang wirtschaftliche Lage gemacht hat.

Die Anfechtungsklagen sind in der Praxis viel seltener wie die Ehescheidungsklagen, aber öfters miteinander dergestalt verbunden, daß derjenige, der loskommen will, Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen miteinander erhebt. Es gab eine Zeit, in der die Anfechtungsklage zum Beispiel von Kriegerwitwen erhoben wurde mit dem Zwecke der Aufhebung der zweiten Ehe, um damit wieder in den Bezug der Rentensprüche aus der ersten Ehe zu kommen, die bei Ehescheidung dauernd ver sagt bleiben.

Die vermögensrechtliche Stellung der Ehegatten nach Nichtigkeitsklärung der Ehe infolge Anfechtung ist in §§ 1345 und 1346 geregelt. Derjenige, der die Täuschung nach § 1334 verursacht hat, steht dem schuldig geschiedenen Ehegatten gleich, also besteht beispielsweise Alimentationsverpflichtung des täuschenden Gatten gegenüber der Frau. Im Falle des Irrtums bei zwei gutgläubigen Ehegatten ist bestimmt, daß der Irrende den anderen Teil in vermögensrechtlicher Beziehung schadlos zu stellen hat.

Dr. jur. Steffen Kann.

Die Arbeiterfrau

So ist mein Tag:
Stumpfe Arbeit, graue Sorgen
Und kein Hoffnungsschein für morgen,
Daß es anders werden mag.

So ist mein Bild:
Herber Mund und frühe Falten,
Harte Hände, die gestalten,
Was man grobe Arbeit schilt.

So ist mein Herz:
Hat es auch schon viel ertragen —
Immer will es „dennoch“ sagen
Und beglücken allerwärts!

Marie Schütz.

Sein einziger Sohn

„Aber lieber Volkmann,“ mahnte der Steiger, „hören Sie doch auf zu arbeiten und fahren Sie aus.“

„Nein, ich bleibe hier,“ erwiderte der Angeredete, „ich gehe nicht eher, bis ich Gewißheit habe, ob mein Sohn noch lebt oder nicht.“

„Dann setzen Sie sich meinewegen auf den Holzstoß und ruhen Sie sich aus, damit Sie sich erholen können.“

Unermüdet hatte der alte Volkmann mitgearbeitet, um das Erdreich aus dem Wege zu räumen. Doch man sah es ihm an, er war am Ende seiner Kräfte. Übermenschlich hatte er sich bis jetzt gehalten und mit angefaßt, vielleicht um seine Gedanken abzulenken von dem Furchtbaren, das er noch gar nicht fassen konnte. Der Steiger hatte den Alten nicht aus den Augen gelassen. Behutsam legte er seinen Arm auf die Schulter des Alten und zog ihn von den Arbeitskameran auf fort.

Mit einem Seufzer wankte der Alte dem Holzstoß zu. Doch Ruhe konnte er nicht finden. Nervös fuchtelte er mit den Händen in die Luft. Die Augen waren starr auf die Arbeitenden gerichtet, als wollten sie sie bitten oder antreiben, ihr Letztes herzugeben.

Und sie gaben wirklich ihr Letztes her. Voran der Steiger, der mit Hand anlegte, um so schnell wie möglich zu dem Verschütteten zu gelangen. Doch das war nicht leicht. Mußte doch auch alles verbaut und versichert werden, damit die Kameraden ihr Leben nicht gefährdeten.

Endlich, nach fünfständiger mühseliger Arbeit, waren sie an den Pfeiler gekommen. Hier war der Bruch durch feste Kohle abgedämmt.

Nun war der alte Volkmann auch wieder vorn. Er wußte genau, wo er mit seinem Sohne zuletzt gearbeitet hatte. Noch lagen einige Steine im Wege. Dann war die Bahn frei.

Dort, an einen Stempel gelehnt, die Kohlhaut noch in Händen, saß der junge Volkmann, den Kopf vornüber gebeugt, als ob er schlief. Fast hätte man glauben können, er lebe noch. Doch eine große Blütliche gab zu erkennen, daß er ausgelitten hatte. Vorsichtig befreiten die Kameraden den Körper von dem Schutt und trugen ihn in die freie Strecke.

Jetzt kam der ganze Jammer des Vaters zum Durchbruch. Er warf sich über die Leiche seines Sohnes und weinte bitterlich. Auch die Kameraden standen mit Tränen in den Augen dabei. Verzweifelt Schluchzen durchschüttelte den Körper des Alten. Dann rief er aus: „O, mein einziger Sohn! Mein Stolz, meine Hoffnung! Warum liege ich nicht an deiner Stelle, ich, der ich alt und verbraucht bin? Was soll mir das Leben? Ach, hätte der Stein doch mich erschlagen! Laßt mich hier liegen, laßt mich bei ihm hießen!“

„Aber Volkmann,“ tröstete der Steiger, „denken Sie denn nicht an Ihre Frau und Ihre Tochter? Ist es nicht genug, daß die Mutter ihren Sohn und die Tochter ihren Bruder verloren hat?“

Noch lange verharrte der alte Volkmann bei seinem toten Sohn. Schließlich wankte er zwischen zwei Kameraden zum Schacht. Er schluchzte bitterlich. Seine Kameraden auch.

Arbeitslosigkeit — Lohndruck — Arbeiterpolitik

10. Tagung des Reichsbeirates der Betriebsräte und Konzernvertreter

P. H. Am 25. und 26. Januar tagte der Reichsbeirat der Betriebsräte unseres Verbandes und die Vertreter der großen Konzerne der Metallindustrie in Berlin. Diese wichtige Tagung fand zum erstenmal in unserem neuen Verbandshaus statt. Die Tagungen des Reichsbeirates der Betriebsräte stehen in einem hohen Ansehen. Beachtlich werden sie durch das Zusammenwirken der Arbeiter und Angestellten, wie es durch die Vertretungen beim Beirat zum Ausdruck kommt. Auf der Tagesordnung standen wichtige Zeitfragen, die die Industriearbeiterschaft und das ganze deutsche Volk zurzeit in Atem halten. Krise und Arbeitslosigkeit, Arbeitsmethoden und Antreibersysteme, Sozialpolitik und Gesundheitsschutz sowie das Recht der Arbeitervertretung im Betrieb sind Fragen, die zurzeit einer gründlichen Beratung bedürfen. Dem ist unsere Verbandsleitung nachgekommen, indem sie die besten Sachkenner für die aufklärenden Vorträge verpflichtete.

Die Tagung war besucht von 24 Betriebsräten, die Reichsbeiratsmitglieder sind, 27 Vertretern der großen Konzerne und 18 Vertretern aus den Bezirken. Die Wichtigkeit der Tagung wird auch dadurch belegt, daß eine große Reihe von Ortsverwaltungen Vertreter schickte, fast ausschließlich Kollegen, die für das Betriebsrätewesen tätig sind, die sich auf dieser Tagung über den Stand der Bewegung unterrichten sollten. Der Vorstand des ADGB, der Zentralverband der Angestellten, Butab, Deutscher Werkmeister-Verband, Verband der Heizer und Maschinisten und der Verband der Kupferschmiede waren vertreten. Dadurch kam die Betriebsverbundenheit der Angestellten, Techniker, Meister und Arbeiter zum Ausdruck.

Die Tagung war der Auftakt zur bevorstehenden Betriebsrätewahl. Die Wahl wird hart werden, wird doch diesmal das Höchste an Zersplitterung der Belegschaften geleistet. Der Aufstieg des Proletariats darf nicht gehemmt werden. Wer siegen will, muß den vollen Glauben an seine Sache haben. Die Betriebsräte tagung war von dem Glauben an die siegreiche Kraft der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung durchdrungen, und dieser Glaube geht hinaus in das Land mit dem Ruf:

Heran an die Massen!
Unser der Kampf, unser der Sieg!

Die Tagung eröffnete der Vorsitzende Kollege Brandes. Er begrüßt die Erschienenen und zeichnet in kurzen Strichen die heutige Wirtschaftslage. Die deutsche Wirtschaft steht im katastrophalen Niedergang. In dieser Zeit wird von dem Unternehmertum die schärfste Hetze gegen die Arbeiterbewegung getrieben und ein Sturm auf die Löhne unternommen. Die Welle des Lohnabbaus brachte Lohnminderungen von 3 bis 8 vH. Trotz umfangreicher Streikabwehrbewegungen konnten wir nicht ganz die Schädigungen der Kaufkraft abwehren. Die Ursache der Krisen liegt in der kapitalistischen Wirtschaft, die reif zum Abbau ist. Die Nationalsozialisten sind die Schutztruppen des Kapitals, die ihre Kraft zur Niederrückung der Arbeiterbewegung einsetzen. Ihr Sozialismus ist Betrug. Die bevorstehenden Betriebsräte wahlen müssen von uns siegreich durchgeführt werden; wir müssen alles tun, um die Arbeiterklasse wieder vorwärts zu bringen.

Arbeitslosigkeit und Arbeiterpolitik

Darüber sprach Fritz Naphthali (Berlin). Wir dürfen keine theoretischen Erörterungen anstellen, sondern unmittelbare praktische Betrachtungen pflegen. Auf dem Erdball müßten 20 Millionen Menschen mehr arbeiten können, um ihr Leben zu fristen. Ihnen fehlt aber die Arbeitsmöglichkeit. In Europa allein sind 15 Millionen, davon wieder in Deutschland 4 1/2 Millionen erwerbslos. In den großen Industrieländern steht jeder dritte Mensch ohne Brot und Lohn. Der Konjunkturrückgang breitet sich über die Erde aus.

Es ist eine verlogene Behauptung, daß diese Krise der Ausfluß der Reparationen sei. Amerika ist dafür Beweis. Lohndrucker selbst in unseren Reihen, priesen die Glückseligkeit der amerikanischen Verhältnisse. Diese Seifenblase ist geplatzt. Seit Oktober 1929 hat Amerika eine Krise, die alles übertrifft, was wir hierzulande kennen. Das offenbart auch den Unsinn der Nationalsozialisten.

Amerika ist der Empfänger der Reparationszahlungen und hat dabei die schwerste Krise. Diese Krise ist nur aus der Unordnung der kapitalistischen Produktion und Warenverteilung zu erklären.

Verschärfend wirkt die politische Unruhe, die die Welt seit 1914 ergriffen hat. Wirtschaftlich drücken uns die Folgen des verlorenen Krieges und die Absperrung der Länder durch den wirtschaftlichen Nationalismus. Die Schutzzollpolitik verschiedener Länder tut dazu noch ein übriges. Redner bespricht die Zustände in der Schwerindustrie, die sich in der Nachkriegszeit zwischen Deutschland und Frankreich herausgebildet haben. Die Staaten pflegen aus militärischen und nationalen Gründen lebensunfähige Industrien. Die Krisenverschärfung tritt auch durch die finanzielle Unordnung der Staaten ein. Die deutsche Arbeitslosigkeit wurde ungemein verschärft durch die aus finanziellen Gründen erzwungenen Einschränkungen der Arbeitsvergebung durch die öffentliche Hand.

Welchen Einfluß hat die Rationalisierung auf die Krise?

Rationalisierung ist keine neue Erfindung. Die Maschine hatte ihre schlimmste Auswirkung in der Zeit des Überganges von der Handarbeit zur Maschinenarbeit. Die Rationalisierungsmaßnahmen in der Industrie wurden überhastend zur Einführung gebracht, um die durch die Kriegsproduktion eingetretene Produktionsrückständigkeit zu beheben. Nicht die technische Rationalisierung ist der Feind, sondern ihre falsche Anwendung. Vom Kapitalismus der freien Konkurrenz sind wir zur kapitalistischen Herrschaft der Monopole gekommen. Die freie Wirtschaft schafft bei Schwankungen Preisausgleiche. Das Feld der freien Wirtschaft ist verkleinert, die Monopolwirtschaft vergrößert. Monopole verhindern gesunde Preisbildungen. Die Monopolleitung hat Fehlproduktionen zum Schaden der Wirtschaft künstlich erhalten.

Der Redner beantwortete dann die Frage, welche Folgerungen wir zu ziehen haben und welche Möglichkeiten zur Überwindung der Krise für die deutsche Wirtschaft bestehen.

Die kapitalistischen Grundursachen der Krise müssen wir erkennen.

Das Wesen des Kapitalismus ist der Widerspruch zwischen Lohn und Preis. Die kapitalistische Lohnpolitik läßt eine gesunde

Steigerung der Kaufkraft nicht zu. Ohne Stärkung der Kaufkraft ist eine Überwindung der Krise nicht denkbar. Leider langte die Kraft der Arbeiterschaft nicht aus, die gewaltige Lohnabbauoffensive der Unternehmer abzuwehren. Wir müssen das möglichste an Widerstand leisten. Der Erfolg hängt von der wirtschaftlichen und politischen Macht der Arbeiterklasse ab. Eine Preissenkung ist anzustreben, sie muß den Zweck haben, die bei vielen Monopolprodukten feststellbaren Überpreise der tatsächlichen Kaufkraft anzupassen und die durch Lohnabbau eingetretene Reallohnsonkung durch Preisrückgänge auszugleichen. Die Preissenkung kann durch Beseitigung der künstlichen Hemmnisse — Zoll- und Monopolpolitik — erreicht werden.

Unsere Warenausfuhr ist zu fördern. Die Warenausfuhr wird durch eine übertriebene Agrarpolitik gehemmt, die Handelsabkommen mit Agrarländern verhindert. Mit dem Freihandelsabkommen England in guten Handelsverkehr zu kommen, hindert unsere Zollpolitik. Die deutsche Regierung muß ihren Einfluß geltend machen, um den Genfer Zollfrieden herbeizuführen.

Man spricht viel von einem Arbeitsbeschaffungsprogramm, durch das die fehlende Unternehmungslust der Unternehmer durch eine Staatsinitiative ersetzt werden soll. Dabei wären gewaltige Hindernisse zu überwinden. Öffentliche Arbeiten können bei der notorischen Finanzklemme unseres Staates nicht finanziert werden. Die herrschenden Zinssätze hemmen die Zirkulation des Kapitals. Auslandsanleihen scheitern an dem Mißtrauen gegen Deutschland. In der Welt sieht man Deutschland wegen seiner radikalpolitischen Keilereien als vollkommenes Tollhaus an. Das niederschmetternde Ergebnis der Septemberwahlen zerstörte Deutschlands Kredit vollständig. Der Nazierfolg hatte Zinssteigerungen im Gefolge. In der Schweiz steht der Zins auf dem Nullpunkt durch die Überflutung mit den dem deutschen Vaterland entzogenen Geldern.

Subventionen können die Produktionen nicht ankurbeln

Subventionen schaffen keine zusätzliche Arbeitsgelegenheit. Wird einem Betrieb durch öffentliche Zuschüsse die Beschäftigung erhalten, so geht es nur auf Kosten eines Konkurrenzunternehmens. Ausnahmen könnten nur für volkswirtschaftliche Produktionen gelten, die in vorübergehenden Schwierigkeiten stehen und deren Erhaltung für die Volksgemeinschaft notwendig ist. Ein Beispiel ist die Mansfeld-Subvention. Die Mansfelder Kupferproduktion ist die einzige in Deutschland, käme sie zum Erliegen, wären in dem Bezirk 30 000 Menschen der Vernichtung anheimgegeben, denn für sie ist keine andere Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. In diesem Fall wird auch keine Konkurrenz geschädigt. Zinsdeckungen durch das Reich, um unverkaufte Waren in Auftrag geben zu können, müssen von uns als Subventionen abgelehnt werden. Genau genommen ist Subvention Sozialisierung der Pleiten.

Es gibt kein Allheilmittel, die Krise im Kapitalismus endgültig zu überwinden. Sie kann aber gemildert werden. Die bürgerliche Gesellschaft will die Krise reparieren. Sie kennt dabei kein anderes Mittel, als die Sozialpolitik zu reformieren, worunter sie den Abbau und die Zerstörung der Sozialpolitik versteht.

Der Schwerpunkt des Klassenkampfes liegt zurzeit in der Erhaltung der deutschen Sozialpolitik

Der schwächste Punkt ist zurzeit das finanzielle Unvermögen

der Kommunen. Von Staats wegen muß alles versucht werden, um die Kommunen zu stützen. Geholfen muß werden durch eine gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeiten, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Nach dem erfolgten Lohnabbau ist eine Kürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich sehr schwierig. Wir dürfen keine Kluft zwischen Arbeitslosen und in Arbeit Stehenden aufreißen, wodurch die Klassensolidarität gefährdet würde. Der Arbeitende muß dem Arbeitslosen ein Opfer bei der Freimachung von Arbeitsplätzen bringen. Es sind Vorschläge gemacht, deren Ausführungen Schwierigkeiten machen. Doch dürfen die Schwierigkeiten uns nicht dazu verleiten, daß gar nichts geschieht. Alle Versuche müssen von uns gefördert werden, und wenn sie nur einigen tausend Arbeitern Hilfe brächten. Die jugendlichen Erwerbslosen trifft die Krise am schwersten, ihr Berufskönnen wird vernichtet und so sind sie der Demoralisierung ausgesetzt. Hier muß besonders geholfen werden, denn sonst gehen die jungen Menschen der Gewerkschaft, der Arbeiterbewegung und der menschlichen Gesellschaft verloren.

Sozialpolitik ohne Demokratie ist eine hoffnungslose Sache. Das Radikale im deutschen Bürgertum ist Reaktion gegen die Sozialpolitik. Diese Seite gilt unsere Aufmerksamkeit. Würde die Demokratie vernichtet, dann wäre auch unsere Sozialpolitik unrettbar verloren.

Das Unglück in der Krise ist die zerrissene Arbeiterklasse. Hieran scheitert die Abwehr und der Fortschritt. Man schreit nach Diktatur der Arbeiterklasse, aber sie scheitert an der Uneinigkeit der Arbeiterklasse. Wäre die Arbeiterklasse einig, dann brauchte sie keine Diktatur, denn sie würde mit den demokratischen Mitteln und mit freien, klassenbewußten Menschen erfolgreicher sein. Rußland, wo ein kleiner industrieller Überbau über einen Agrarstaat herrscht, kann uns nicht Beispiel sein.

Hoffnungslosigkeit wäre das schlimmste, was uns treffen könnte. Der von vielen ersehnte Zusammenbruch unseres Staates würde keine Lösung bringen, denn die bürgerliche Gesellschaft hat kein System, das folgen könnte. Das wissen die Herrschenden, darum schrecken sie vor dem Letzten zurück. Nach der Krise wird der Kapitalismus noch bestehen, er wird aber von anderer Struktur sein. Diese Umwandlung im Sinne des Sozialismus zu fördern, ist unsere Aufgabe. Ein Zurück zu dem technischen Stand der Vorkriegszeit kann nicht gefordert werden. Unser Arbeitsrecht muß zu einem Instrument der organisierten Wirtschaft entwickelt werden; Monopole müssen der Kontrolle der Allgemeinheit unterstehen. Dadurch werden wir die Umwälzung fördern und das Gesicht der kapitalistischen Wirtschaft verändern. Fruchtbare Positionen des Kapitalismus müssen von uns berannt und kleine sozialistische Anfänge in der Richtung unserer Grundforderungen ausgebaut werden. Unsere erzwungene Defensive von heute muß zu gegebener Zeit zu einer dauernden Offensive für den Sozialismus werden. (Langanhaltender Beifall.)

In der Aussprache schildert Kollege Schmidt (Hamborn) die Abneigung der Unternehmer gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit und gegen die Einstellung Arbeitsloser. Die Arbeiterzahl steigt nicht mit der Produktion. Eine Betriebsanlage, die heute 2000 Arbeiter weniger beschäftigt, fördert 500 Tonnen Rohstahl mehr. Die Verkürzung der Arbeitszeit in den Hochofenbetrieben hat sogar eine Verringerung der Arbeiterzahl gebracht.

(Fortsetzung auf Seite 47.)

Die Tragödie eines patriotischen Kriegsfreiwilligen

Von Heinrich Wandt

(Schluß.)

Der Frontsoldat aus Saarensmingen, der am Vorabend bei der Mitteilung des Geistlichen, der ihm jetzt das Kreuz des Erlösers zum Kusse hinhielt, wohl einmal schmerzlich zusammengezuckt war, ließ jetzt das alles gefaßt über sich ergehen, und er zuckte auch mit keiner Wimper, als er es aus diesem Munde noch einmal zu hören bekam, daß der Kaiser die Gnadengesuche seiner alten und so patriotischen Eltern erbarmsungslos abgelehnt hatte.

Er drehte sich, während der Kriegsgerichtsrat, der Pfarrer und die beiden Feldgendarmen schleunigst hinter die Schützen zurücktraten, nach allen Seiten um und winkte der ganzen Kompanie freundlich lächelnd zu. Und dann stellte er sich aufrecht vor den weißen Todespfahl, riß sich mit einem Ruck die Knöpfe seines Waffenrocks und Hemds auf und rief, seine nackte Brust den Geschossen darbietend, mit lauter und fester Stimme:

„Lebt wohl, Kameraden! Zielt gut!“

Der Leutnant zog den Degen, die Kompanie präsentierte, die mörderische Salve krachte, und der nur schlecht Getroffene — acht Mann hatten mit Absicht in die Luft geschossen — sank langsam vornüber, den weißen Rasen mit seinem warmen Blute färbend.

Er röchelte noch sechseinhalb Minuten, und erst dann war er so tot, wie es der Generalmajor von Davans gewünscht hatte.

Die armen Eltern erhielten drei Tage darauf auf den Befehl dieses Herrn die folgende Bekanntmachung in das Haus geschickt:

Handwritten text, likely a reproduction of the letter mentioned in the article. It is written in cursive and contains names and dates.

Gericht der 39. Inf.-Division D. St. Qu., den 24. 2. 1918.
III 7550

Einschreiben!

Herrn Mühlenbesitzer Johann Niederlender und dessen Ehefrau Marie, geb. Keller

Saarensmingen
Kreis Saargemünd (Lothr.)

mit der Mitteilung,

daß S. Majestät sich nicht bewegen gefunden hat,

die für Ihren Sohn, den Vizefeldwebel Georg Niederlender, 5/132, eingereichten Gnadengesuche zu berücksichtigen. Demzufolge ist an Ihrem Sohn das Todesurteil am 21. 2. 1918 in Gent vollstreckt worden.

Die von Ihrem Sohn hinterlassenen Gegenstände: 1 kleine Tabakpfeife, 1 halblange Tabakpfeife, 1 Lederportemonnaie mit 2 Erkennungsmarken, 1 Briefumschlag mit 2 Fotografien, 3 Briefe, 2 Fünfmarkscheine und 1 Ring erhalten Sie anbei übersandt.

S. J. G.

Dr. Hackstein, Kriegsgerichtsrat.

Dieser Kriegsgerichtsrat Dr. Hackstein, dem es in der Etappe außerordentlich gut erging, hatte diesen Brief an die schwer heimgesuchten Müllersleute einfach mit Tintenstift unterzeichnet, wie man einen bedeutungslosen Wisch zu unterschreiben pflegt. Daraus geht hervor, wie wenig Wert damals ein Menschenleben war. Tröstlicher war der Abschiedsbrief, den der katholische Militärpfarrer Küntger den Eltern schrieb, indem er noch einmal sein tief empfundenes Beileid aussprach.

Auf dem Gener Westfriedhof, der viele Hunderte von deutschen, belgischen, englischen und französischen Soldatengräbern birgt, fand auch dieses Opfer des Militarismus seine letzte Ruhestätte. Ein großes schwarzes Kreuz, das seinen Namen und das Datum seines Todes nennt, macht sie kenntlich.

Trüge das Grab einen Stein, so müßten die Worte darauf stehen, die ihm sein Kompaniekamerad Wichmann gewidmet hatte:

„Er war immer ein braver Mensch gewesen.“

Fast dreizehn Jahre sind seit dieser Tragödie verlossen. Der letzte Wunsch des Unglücklichen ging sieben Monate darauf in Erfüllung: sein Bruder Johann kehrte hell aus dem großen Massenmorden heim.

Sein Vater jedoch ist unterdessen schon lange gestorben. Der Gram über das unverdiente fürchterliche Schicksal seines Zweitältesten zernagte seine Gesundheit und brach ihm früh das Herz.

Aber seine betagte Mutter lebt noch, und sie möchte zu gerne auch noch den Augenblick erleben, an dem ihr Georg, der nun schon so lange in händischer Erde ruht, durch ein öffentliches Wiederaufnahmeverfahren auch im juristischen Sinne

rehabilitiert

wird, denn er war nie und nimmer ein todeswürdiger Mörder! Wer kann ihr dabei helfen, indem er Namen und Adressen seiner ehemaligen Kompaniekameraden von der 5/132 der Schriftleitung der „Metallarbeiter-Zeitung“ angibt, damit diese sie dem Verfassers übermitteln?

Diese herzlose Mitteilung erhielten die armen Eltern nach der Erschießung ihres Sohnes.



Verbandsleben



Zur Neuwahl der Betriebsvertretungen

In den nächsten Wochen finden wieder die Neuwahlen der Betriebsräte statt. Die Notwendigkeit, für jeden Betrieb eine Arbeitervertretung zu wählen, ist in dieser Zeit des rücksichtslosesten Vorgehens eines machtolleren Unternehmertums wohl nicht besonders zu betonen. Ohne Vertretung ist die Arbeiterschaft dem Unternehmer schutzlos preisgegeben. Unnötig zu erwähnen, daß sie durch Verzicht ihrer gesetzlichen Rechte dem Unternehmer in die Hand arbeitet.

Bei der Aufstellung der Kandidaten ist es wohl für unsere Kollegen selbstverständlich, daß nur freigewerkschaftlich organisierte Leute herangezogen werden. Wie es auch selbstverständlich sein muß, daß nur die Tüchtigsten und Fähigsten erkoren werden. Nicht tüchtig im Mundaufreißen und Phrasendreschen, sondern Kollegen, die auch wissen, was sie wollen. Denn nur sie bieten die Gewähr dafür, daß sie ihre Aufgaben zum Nutzen ihrer Wähler lösen können. Zudem stellt das Gesetz den Betriebsvertretern Aufgaben, die sie nur unter engster Anlehnung an ihre Gewerkschaft zu bewältigen vermögen.

Die freien Gewerkschaften haben stets für den kulturellen Aufstieg aller Schaffenden gekämpft. Auch die Betriebsräte sind ein Teil dieses Kampfes. Wie auch die Gewerkschaften überhaupt als die Rückendeckung der ganzen Betriebsrätebewegung anzusehen sind.

Die kommenden Betriebsrätewahlen werden einen Kampf nach zwei Fronten auslösen. Die Kommunistische Partei und ihr Anhängel, die „revolutionäre Gewerkschafts-Opportunisten“, werden diesmal in nicht zu überbietender Schimpferei versuchen, dem DMV wie den freien Gewerkschaften überhaupt größtmögliche Schwierigkeiten zu bereiten. Denn die ganzen „revolutionären Taten“ dieser Sorte „Kämpfer“ bestehen ja ausschließlich darin, das Vertrauen der Arbeiter zu den freien Gewerkschaften zu untergraben und Dumme für die RGO einzulangen. Diese Lippenrevolutionäre schreien zwar immer unter äußerster Anspannung ihrer Lungenkraft über Verrat der „Sozialfaschisten“ und der „Gewerkschaftsbürokratie“, in Wirklichkeit sind gerade sie es, die ihr möglichstes zur Ausbreitung des Faschismus beigetragen haben und immer noch beitragen. Durch das jahrelang betriebene Herunterreißen der freien Gewerkschaften haben es die Kommunisten erreicht, daß große Teile blügelgläubiger Arbeiter, nicht zuletzt auch frühere Kommunisten, in die Reihen der Nazis und anderer „Erwachten“ getreten sind. Das ist der wahre Erfolg der kommunistischen „Aufklärungsarbeit“. Die anderen Helfershelfer des Unternehmertums, die Nazis, arbeiten in ähnlicher Weise. Diese „Retter“ fangen es nur etwas schlauer an. Vieles haben sie von den kommunistischen „Zellenforschern“ gelernt. Auch das Kampfprogramm der Nazis gegen die freien Gewerkschaften sieht die Errichtung von Betriebszellenorganisationen vor. Aus diesen Gebilden soll später die Berufsgewerkschaft entstehen. Zudem sollen, um dieses Ziel zu fördern, die einzelnen Betriebe zu Hochburgen des Faschismus ausgebaut werden, indem jeder freierwerdende Arbeitsplatz mit einem Nazimann besetzt wird. Das deutsche Unternehmertum lechzt nach dem Tag, wo der Faschismus auch in Deutschland seine Gewalttätigkeit einrichtet und jede freiheitliche Regierung der Arbeiterschaft im Blute erstickt. Unterstützung und Wegbereitung leistet diesen Bestrebungen die Kommunistische Partei und ihre RGO.

Nazis und Kommunisten stehen bekanntlich der gewerkschaftlichen Bewegung gleich feindlich gegenüber. Es sind Brüder mit verschiedenen Kappen, aber mit gleicher Denkart. Beide sind von tödlichem Haß gegen die freiheitliche Arbeiterbewegung erfüllt. Wie kann es auch anders sein? Der Kommunist bekommt seine Befehle vom „heiligen Stalin“, der Nazi von dem „Heros des Dritten Reiches“. Kommunisten und Nazisten sind gleich eifrig bestrebt, bei der politischen und wirtschaftlichen Knebelung der Arbeiterschaft Hilfestellung zu leisten — schon allein dadurch, daß sie die Arbeiterschaft verwirren, spalten und schwächen.

Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft denkt nicht daran, sich mit „klassenbewußten Unorganisierten“, Nazis und gleichgearteten „Revolutionären“ auf eine „Einheitsliste“ aufstellen zu lassen. Das sollten die Belegschaften nie vergessen. Die geschulten Gewerkschafter nehmen ihre Aufgabe als Betriebsvertreter ernst. Sie lehnen es daher ab, sich und ihre Wähler durch lächerliches Maulheldentum oder kriecherisches Scharwenzeln zu schädigen. Das überlassen sie den Maul- und Papierrevolutionären. Die freien Gewerkschafter werden nur den Anweisungen ihrer Organisation Folge leisten. Dabei werden sie bleiben, mögen auch die Schreier von links und rechts toben, tatarisch toben.

Es wird, selbst in unseren Reihen, viel von der Unzulänglichkeit des Betriebsrätegesetzes gesprochen. Gewiß, das Gesetz muß noch manche Verbesserung im Sinne der Mitwirkung der Betriebsvertretung erhalten. Es darf aber nicht vergessen werden, daß das Gesetz gegen den wütenden Widerstand des Unternehmertums geschaffen wurde und in einer Zeit, wo die Arbeiterschaft doch immerhin weit einflussreicher war als heute. Immerhin bedeutet das BRG gegenüber der vorkriegszeitlichen Rechtslosigkeit einen nicht zu leugnenden Fortschritt. Besonders dann, wenn eine tüchtige Betriebsvertretung alle Möglichkeiten des Gesetzes zu nutzen versteht. Denn es enthält nicht nur Vorschriften, nach denen die Betriebsvertretung des Unternehmers bei der Betriebsführung durch „Ratschläge“ zu unterstützen hat, sondern auch Bestimmungen, nach denen der Betriebs-(Arbeiter-)rat als gleichberechtigter Faktor mitzuwirken bestimmt ist. Mitwirkung im Sinne des BRG bedeutet die Gleichberechtigung der Betriebsvertretung mit dem Betriebsinhaber oder Leiter. Bei Nichterfüllung entsteht dann eine „Streitigkeit“, die von den zuständigen Stellen zu entscheiden ist.

Diese Mitwirkung ist insbesondere vorgesehen bei der Festsetzung der Akkord- und Stücklohnsätze, der Einführung neuer Lohnarten sowie der Urlaubsregelung. Auch bei der Festsetzung der Arbeitszeit, insbesondere bei deren Verkürzung oder Verlängerung, hat der Arbeiterrat mitzuwirken. Zu seinen Übergeordneten gehört auch die Erledigung der Beschwerden von Arbeitskollegen sowie der Beschwerden über Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge. Auch die Bekämpfung der Unfallgefahren und die Untersuchung von Unfallsachen gehört zum Aufgabebereich des Arbeiterrats.

Von Bedeutung ist auch die Mitwirkung bei Entlassungen, besonders in Hinsicht auf das Einspruchsverfahren. Die Festsetzung von Strafen kann der Betriebsinhaber nur im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat vornehmen. Diese Mitwirkung (Zustimmung) ist nicht nur beschränkt auf die Aufstellung von Strafen, sie bezieht sich vielmehr auf jeden einzelnen Fall von Bestrafung.

Es könnte auch manches herangezogen werden. Doch dürften diese kurzen Hinweise genügen, um die Kollegen allerorts zu veranlassen, sich eine tüchtige gesetzliche Vertretung zu wählen. Betont sei noch, daß durch eine vor zwei Jahren in das BRG eingeschlossene Verbesserung es ermöglicht wurde, sich auch dann eine Vertretung zu wählen, wenn der Unternehmer sich

der Bestellung eines Wahlvorstandes gegenüber ablehnend verhält. Die Gewerkschaft kann in solchen Fällen böswilligen Verhaltens beim Arbeitsgericht das Erforderliche erwirken.

Wie schon betont, gehört zu dem Amt des Betriebsratsmitglieds Geschick, Ausdauer und Rückenstärkung durch die Gewerkschaften. Eine wesentliche Voraussetzung für das erfolgreiche Wirken des Betriebsrates ist die Geschlossenheit der Belegschaft, das heißt, wenn sie gewerkschaftlich organisiert ist und so einen Machtfaktor bedeutet. Das Unternehmertum hat nur Achtung vor gewerkschaftlicher Kraft; revolutionärer Phrasenschwall wird mit einer Handbewegung abgetan.

Außer Geschick, Ausdauer und gewerkschaftlicher Rückenstärkung ist Sachkenntnis unserer Kollegen auf arbeitsrechtlichem und tariflichem Gebiet ein wichtiges Erfordernis, um sich dem Unternehmer oder den Syndizalisten gegenüber zu behaupten. Darum dürfen auch nur die fähigsten und tüchtigsten Leute ausgesucht werden. Wie es überhaupt ein großer Nachteil ist, mit der Vertretung jedesmal zu wechseln, da sich ja jeder Neuling erst einmal einarbeiten muß. Darum nicht mehr Wechsel als unbedingt geboten ist.

K. E.

Winterarbeit in den Ortsverwaltungen

Unter dieser Überschrift gibt V. D. Essen in Nr. 47 unserer Metallarbeiter-Zeitung und noch andere Kollegen den Ortsverwaltungen Anregung zu geistiger Beschäftigung der Mitglieder. Die Auslassungen zeigen, daß die Anregung dem Wunsche vieler Kollegen entspricht. Leider beteiligen sich an derartigen Kursen und Vorträgen nur wenige Kollegen, und ihre Zahl nimmt in den meisten Fällen gegen Ende des Jahres oder der Vortragsreihe ab. Diese bedauerliche Tatsache hat wahrscheinlich ihre Ursache darin, daß unsere Kollegen den Wert geistiger Bildung nicht gebührend hoch einschätzen, und sie oft erst dann anfangen sich zu schulen, wenn ihnen irgendein Amt übertragen ist. Dennoch sollten die Ortsverwaltungen den Anregungen Beachtung schenken und ihnen nach Möglichkeit Folge leisten.

Unsere Ortsverwaltungen sollten sich aber nicht nur darauf beschränken, Bildungsveranstaltungen für die Mitglieder oder nur für Funktionäre durchzuführen, sondern nach dem Vorbild unserer Metallarbeiter-Zeitung sie auch auf die Frauen und Angehörigen der Mitglieder ausdehnen. Denn auch die Frauen unserer Kollegen müssen nicht nur durch das geschriebene, sondern auch durch das gesprochene Wort von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation überzeugt werden. Hängt doch oft die gewerkschaftliche Treue eines Kollegen von der Einstellung seiner Frau ab.

Dies geschieht am besten dadurch, daß von den Ortsverwaltungen Veranstaltungen getroffen werden, mag man diese nun Feiertagsstunden, Gemeinschaftsabende oder sonstige bezeichnen, die sich an die Mitglieder und deren Angehörige wenden. Für die Ausgestaltung eines solchen Abends lassen sich neben Lichtbildervorträgen und Filmvorführungen, die vom Vorstand und Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit zu beziehen sind, Musik- und Gesangsvorträge der Arbeiterchöre sowie Sprechchöre (ein gutes Betätigungsfeld für unsere Jugendgruppen), sehr gut verwenden. Wenn daneben noch in einem kurzen Vortrag besondere gewerkschaftliche Fragen erörtert werden, wird auch diese Massenschulung von besonderem Wert für die Organisation sein. Hinzu kommt, daß dadurch unseren Mitgliedern ein Ersatz für Theater- und Konzertbesuche gegeben ist, für deren Besuch es vielen an den notwendigen Mitteln mangelt.

Bei der Aufstellung des Programmes muß aber jeglicher Kitsch vermieden werden, auch Massenschulung muß Massenbildung sein.

Die Berichte in unserer Metallarbeiter-Zeitung über die Jubilare, die ja im Grunde auch Familienfeiern sind, zeigen, daß derartige Veranstaltungen wohl dazu angetan sind, die gesamte Mitgliedschaft mit ihren Angehörigen zu erfassen. Diene diese Anregung dazu, in den Ortsverwaltungen auch diese Seite der Mitgliederbildung zu erörtern. V. B., Wilhelmshaven-Rüstringen.

Keine tarifliche „Nachwirkung“, wenn ...

ja. Auch nach dem Fortfall einer tarifvertraglichen Bindung kann die Geltung von Tarifbestimmungen für die Vertragsparteien bestehen bleiben auf Grund der sogenannten tariflichen „Nachwirkung“, die nach der Rechtsprechung des Reichs-Arbeitsgerichts (RAG Bd. 2 S. 271 und RAG 255/28 vom 30. 1. 1928) wegen der einmal eingetretenen Formung der Einzelverträge durch die Tarifnorm sich ergibt. Das ist eine von selbst eintretende oder besser beherrschende Wirkung des Tarifvertrages, die nicht in dem Willen der aus dem Tarifzwang austretenden Vertragsparteien ihre Quelle hat. Wenn aber der Wegfall der Tarifbindung dadurch eintritt, daß eine Abmachung der Arbeitsparteien das Arbeitsverhältnis wirksam neu gestaltet, so ist für die Annahme der „Nachwirkung“ einzelner Tarifnormen auf das umgestellte Arbeitsverhältnis kein Raum. Der Inhalt des nunmehr geltenden Arbeitsvertrages muß vielmehr nach den allgemeinen Auslegungsgrundsätzen aus der grundlegend gewordenen Einzelvereinbarung gefunden werden. Dabei steht freilich nichts im Wege, daß es im Sinne der Parteien liegen oder einer Auslegung nach Treu und Glauben entsprechen kann, bei einer lückenhaften Regelung die bis dahin kraft des Tarifvertrages geltenden Bedingungen oder auch einzelne zu übernehmen. (RAG 162/30. — 27. 9. 1930. Nachdruck verboten.)

Verschleierte Drohung?

Die Betriebskrankenkasse der Firma Robert Cattien in Forst (Lausitz) verteilt nachstehendes Flugblatt an ihre Mitglieder:

Mitglieder! Haltet zur Krankenkasse des Betriebes, der Euch Brot und Lohn gibt.

Wenn es die wirtschaftliche Notlage erfordert, daß Einschränkungen und Entlassungen im Betriebe vorgenommen werden müssen und einige von Euch arbeitslos werden, so verfehlt nicht bei der Anmeldung auf dem Arbeitsamt eure wohlverwahrten Rechte an der Betriebskrankenkasse aufrecht zu erhalten und Euch bei dieser Kasse durch das Arbeitsamt weiterversichern zu lassen, indem ihr den anhängenden Abschluß bei der Antragstellung dort mit abgibt. Ihr habt zugleich die Gewähr, bei vorliegendem Bedarf jederzeit wieder von der Betriebskrankenkasse eingestellt zu werden.

Betriebskrankenkasse der Firma Robert Cattien.

Hierzu ist zu bemerken: Arbeitslose Versicherte werden vom Arbeitsamt grundsätzlich bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, bei der Landkrankenkasse gegen Krankheit versichert, haben aber das Recht, die Versicherung bei der Krankenkasse zu verlangen, bei der sie zuletzt

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 8. Februar ist der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. Februar 1931 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklassen				Beginn der Beitragsrückzahlung
	I	II	III	IV	
Königshuld	10	10	—	—	6. Woche

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung staatsrechtlicher Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung!

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzusenden.

Der Schmied Ferdinand Schwarze, geb. am 12. Mai 1910 zu Berlin-Rummelsburg, eingetretten am 3. Mai 1925 in Flensburg, Mitgliedsbuch Nr. 6,095 714, wegen Fälschungen seinem Mitgliedsbuch.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6,250 583, lautend auf den Kesselschmied Adolf Scharf, geb. am 10. April 1911 zu Wilhelmshaven (Brandenburg).

Mitgliedsbuch Nr. 5,667 989, lautend auf den Kesselschmied Willi Rauhut, geb. am 1. Mai 1906 zu Staßfurt (Staßfurt).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148.

Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten

von Metallarbeitern aller Branchen nach Hameln D.; von Wertarbeitern nach Bodenwerder bei Hameln D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik; S. = Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn ein betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigungen bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Ortsverwaltung, der das Mitglied zur Zeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

vor Beginn der Arbeitslosigkeit versichert waren. Wenn ein betreffendes Krankenkassen die Versicherten auf dies aufmerksam machen, so ist dagegen nichts einzuwenden. Zeichnend ist aber der letzte Satz des Flugblattes, der indirekt die Drohung enthält, daß Versicherte, die auf die Mitgliedschaft bei der Betriebskrankenkasse verzichten, keine Aussicht haben, wieder bei dem Betrieb angestellt zu werden. Das muß entschieden verurteilt werden. Betriebskrankenkassen sollten nicht nötig haben, wie eine halb bankrotte Privatversicherung auf den Mitgliederfang zu gehen. Die Allgemeine Ortskrankenkasse ist die Kasse, wo die Arbeitslosen grundsätzlich zu versichern sind.

Eine einstweilige Verfügung

Die sozialdemokratische Volksstimme in Hagen hat vorwiegend durch Rundschreiben des Märkischen Arbeitgeberverbandes veröffentlicht. Das ging dessen Syndikus, ein Dr. Sunder, arg wider den Strich. Er will nicht, daß die Produkte seiner Schreibkunst unter die Leute kommen. Er hat natürlich dafür überwichtige Gründe. Um nun das Argere abzustellen, ist der Mann zum Kadi gelaufen und hat eine „einstweilige Verfügung“ erwirkt, wodurch der Volksstimme bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Haft- oder Geldstrafe untersagt wird, die Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes ganz oder teilweise zu vervielfältigen, gewerkschaftlich zu verbreiten oder ihren wesentlichen Inhalt öffentlich mitzuteilen. Das Gericht stützt sich dabei auf den § 1 des Urheberrechtes.

So, nun hat der Unternehmersyndikus seine einstweilige Verfügung und dem Märkischen Arbeitgeberverband ist die Gehaltshaltung seiner Rundschreiben verbürgt, wenigstens soweit es Krauter in Frage kommen.

SCHRIFTENSCHAU

Protokoll vom 19. ordentlichen Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin. Mitgliederausgabe broschiert 2 M., gebunden 2,75 M. Im Buchhandel kostet das Protokoll broschiert 7,50 M., gebunden 8,50 M. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148.

Die Regelung des Urlaubs, dargestellt und erläutert von Dr. A. Visinger. (Band 12 der Bücherei über Arbeitsrecht. Neue Folge.) In Ganzleinen gebunden 6,40 M. Verlag Reimold-Hobbing, Berlin SW 61, Großbeerenstraße. Der Urlaub ist in Deutschland nicht gesetzlich geregelt, er beruht ausschließlich auf vertraglichen Abmachungen, die meist unzulänglich formuliert sind. Unter solchen Umständen ist die Rechtsregelung schwierig. Das vorliegende Buch dient der Klärung und Festlegung eines Urlaubsrechtes und wird bei Klärung von Streitfällen wertvolle Dienste leisten können.

Technik für Alle. Technische Monatshefte. Monatlich ein Heft zum Preise von 75 Pf. Verlag Dieck & Co. — Frankfurt. Technischer Verlag, Stuttgart, Pflügerstraße 5. Das Jahrbuch bringt Wissenswerte über den technischen Fortschritt des Jahres 1930.

(Fortsetzung des Berichts der Betriebsrätetagung)

Tony Sender (M. d. R.): Der Kapitalismus hat uns in Not gebracht. Die Krisen nehmen immer schwereren und störenderen Charakter an. Leider bringen die Arbeiter den wirtschaftspolitischen Dingen zu wenig Verständnis entgegen. Wir haben alle Ursache, den Arbeitereinfluß geltend zu machen. Die Rednerin gibt wertvolle politische Hinweise über die Entwicklung der deutschen Zollpolitik. Die deutsche Staatsregierung betreibt eine Zollpolitik, die unserem Export gefährlich wird. Von dem System der Meistbegünstigung sollten wir nicht abgehen. Das von Vögeln vorgeschlagene Krümpersystem, das heißt die Einführung von Abwechslungsschichten, soll nur den Zweck haben, die Kampfkraft der Arbeiter zu schwächen. Alle Arbeiter sollen in die Sorge um den Arbeitsplatz gedrängt werden.

Scholz (Breslau): Sollen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, dürfen Schlichter auch keine Schiedssprüche fällen, die Arbeitszeiten von 51 bis 60 Stunden enthalten. Doppelverdiener müssen ausgeschaltet werden. Wir machen die Beobachtung, daß die Älteren meist die Opfer der Krise sind.

Dickmann (Dortmund): In der Hüttenindustrie wird das System der auswechselbaren Arbeiterschichten nicht gehen. Bei einer Arbeitszeitverkürzung muß für die Schlüsselindustrie die viermal Sechsstundenschicht gefordert werden. Die in unserer Industrie durch die Rationalisierung Ausgeschalteten wieder in Arbeit zu bringen, erscheint nahezu ausgeschlossen. Ebenso katastrophal hat die Rationalisierung unter der Angestelltenschaft gewirkt. Man hat Einrichtungen geschaffen, die große Scharen Angestellter vollständig überflüssig machen. Eine fortschreitende Steigerung der Produktion geht mit einer fortwährenden Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft einher. Der Redner gibt lebendige Bilder von der umwälzenden Produktion der Hüttenindustrie und von dem Elend der aus Brot und Lohn geschleuderten Arbeiter. In dieser Krise zeigt sich das Unternehmertum auffallend hartnäckig gegen jede Maßnahme, die zur Milderung der Krise gefordert wird.

Tost (Vorstand): Mit der Verkürzung der Arbeitszeit können wir helfen. An einem vollen Lohnausgleich darf eine notwendige Verkürzung der Arbeitszeit, um Arbeitslose unterzubringen, nicht scheitern. Die in Arbeit Stehenden müssen ein Opfer der Solidarität bringen.

Gfesse (Fürstenwalde): Die Rationalisierung steht nicht still. Die Einsicht unserer Kollegen ermöglicht eine Verkürzung der Arbeitszeit. Wo die Unternehmer Arbeitszeitverkürzung einführen, tun sie es nur, um produktionswichtige Facharbeiter festzuhalten. Im übrigen lehnen sie jede Verkürzung ab. Eine bessere Konjunktur wird schwerlich die durch die Rationalisierung herausgeschleuderten Arbeiter wieder in Arbeit bringen. Über dem Bruderkampf haben wir es versäumt, uns mit wirtschaftspolitischen Fragen zu beschäftigen. Die Sozialdemokraten müssen in Betriebe mehr Bekenntnis an den Tag legen, damit die arbeiterschädigende Reaktion zurückgedrängt wird.

Kneittinger (Nürnberg): Die Unternehmer schätzen die Betriebsräte, wenn sie bei Arbeitszeitverkürzungen mitwirken, die ihnen Vorteil bringen, sie hassen aber den Betriebsrat, der Arbeitszeitverkürzung zugunsten der Arbeitslosen fordert. Wir müssen genau prüfen, was wir den Arbeitenden an Opfern zumuten dürfen. Auch ihre Leistungsfähigkeit ist begrenzt.

Kollege Metzger (Vegesack) begründet das Verlangen der AG Weser, Bremen, nach einem Zinsausgleich, getragen vom Staat, um bestimmte Schiffsbauten ausführen zu können. Bei dieser Forderung kann von Subvention im althergebrachten Sinne nicht gesprochen werden.

Brandes (Vorstand): Der Verband der Metallindustriellen lehnt eine Arbeitszeitverkürzung ab. Sie wollen keine Vereinbarung über die 48 Stunden hinaus. Sie verlangen sogar noch im Jahr 150 Überstunden pro Arbeiter, die vertraglich festgelegt werden müßten. Für zu starke Arbeitszeitverkürzungen ohne den nötigen Lohnausgleich können wir nicht sein. Das würde nur weitere Verelendung bedeuten. Doppelverdiener sollten bei dieser Krise ausscheiden, obwohl wir sonst einen anderen Standpunkt eingenommen haben. Wir müssen Mut fassen, Deutschland wird wieder mit der Weltwirtschaft in gute Verbindungen treten und seine gute Qualitätsarbeit wird die Ausfuhr begünstigen.

Im Schlußwort stellt Naphthali fest, daß wir mit dieser Krisenwelle keinesfalls den Schlußpunkt unter die kapitalistischen Krisen gesetzt haben. Subvention würde dazu führen, daß eine gute Produktionsleistung von der Kunst des Haltens der guten Verbindung nach oben in den Schatten gestellt wird. Rationalisierung heißt Senkung der Produktionskosten, sie muß aber zu einem vergrößerten Verbrauch führen. Da aber die kapitalistische Preisbildung diesem Grundsatz entgegenarbeitet, wird die Rationalisierung eine Geißel gegen die Arbeiter. Die Entwicklung der Technik ermöglicht eine Umschichtung der Arbeitermassen. Das hat sich bei der Einführung der Radio- und Autoproduktion gezeigt. So kommen Menschen, die an einer Stelle frei werden, in anderen Produktionen wieder unter. Ohne den technischen Fortschritt kämen wir zu Zuständen, die das Elend von heute in den Schatten stellen. Einen Ausweg in die Rückschrittlichkeit der Produktion dürfen wir keinesfalls suchen.

Die Tagung verzichtet auf eine Entschließung und beruft sich auf die grundsätzlichen Darlegungen unserer Spitzenverbände. Den zweiten Vortrag hielt der Lehrer an unserer Verbandsschule, August Stitz (Dürrenberg). Er sprach über das ungemein wichtige Thema:

Neuere Lohn- und Kalkulationsmethoden

Der Arbeiter von heute lebt in dem B. leb in einer Spannung, die der gleiche, die den Soldat im Feld beherrschte, wenn der Feind unter seiner Stellung eine Sprengsappe vortrieb. Dort war fortgesetzt das Leben bedroht, und hier wird fortgesetzt das Einkommen, die Grundlage eines wirtschaftlichen Daseins, bedroht. Die moderne Zeitkalkulation unterminiert heimlich den kargen Lohn.

Refa-System — Bedaux-System

sind die sichtbaren Ausdrücke. Das Refa-System kommt in den Betrieb wie der Dieb in der Nacht. In Abendkursen werden Arbeiter, Techniker, Ingenieure für diesen Lohndruck ausgebildet. Die Kosten trägt der Betrieb. Der mit diesem Geist infizierte steckt mitten im Betrieb und beginnt unbeobachtet mit seinen Arbeiten. Dann beginnt die Zergliederung der Arbeitszeit bis in die kleinsten Bestandteile. Der Reichsausschuß für Arbeitszeitvermittlung lieferte die Normen für diese Zergliederung. Die Arbeitsleistung wird bis zu den Griffelementen unterteilt. Die Zeiteinteilung bezieht sich bis auf die Maschine. Es wird mit Verlustzeiten gerechnet, worunter wichtige Arbeiten für die Instandhaltung der Produktionsmittel fallen. Ein Leerlauf der menschlichen Arbeitskraft soll ausgeschaltet werden. Der Geldakkord wird von äußerst streng gerechneten Minutenakkorden abgelöst. Es wurde nachgewiesen, daß Arbeiten, die 180 Minuten erforderten, auf 39 Minuten gedrückt wurden.

Refa soll wissenschaftliche Arbeitsforschung sein. Von Wissenschaftlichkeit ist dabei keine Spur. Es sind nur versteckte Angriffe auf den Arbeiterverdienst. Der schwächste Punkt des Refa-Systems sind die Verlustzeiten. Hier ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. Auch der Begriff „Durchschnittsarbeiter“, mit dem man im Refa-System prunkt, ist ebenfalls ein unsicherer Faktor, denn der Mensch ist keine Maschine, die stets gleichbleibende Leistungen vollbringen kann.

Das Bedaux-System hat in Betrieben der chemischen Produktion Eingang gefunden. In Metallbetrieben wurde die Einführung durch Kampfhandlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes abgewehrt. Bedaux ist ein kapitalistisches System zur Erhöhung des Profits. Die Bedaux-Ingenieure sind Angestellte der New Yorker Bedaux-Gesellschaft, die auch Angestellte dieser Gesellschaft bleiben. Sie messen die Arbeitsgeschwindigkeit

geben einen Ermüdungsfaktor und Toleranzen von 5 vH zu. Bei dieser strengen Messung der Arbeitsleistung soll ein bestimmter Lohn in der Stunde garantiert werden. Damit sollen nur die Arbeiter geködert werden. Die Messung erfolgt nach Bedaux-Minute, kurz „B“ genannt. Eine Stunde hat also 60 B. Der Bedaux-Ingenieur erwartet aber, daß der Arbeiter mindestens 80 B in der Stunde leistet. Da die Arbeitsleistung durch Prämien gekrönt wird, erreichen manchmal Arbeiter bis 120 B in der Stunde. Sie erreichen das durch Verzicht auf den Ermüdungsfaktor. So wirkt das Bedaux-System antreibend.

Bedaux kontrolliert täglich die kleinsten Arbeitsleistungen und bringt Minderleistungen des einzelnen Arbeiters im sogenannten Bedaux-Anschlagblatt den übrigen Betriebsarbeitern zur Kenntnis. So stachelt man die Arbeiter gegenseitig an. Der minderleistungsfähige Arbeiter erhält seine rote „B“-Einzeichnung, und in schlechten Zeiten wird der gezeichnete Arbeiter bestimmt abgelegt. Wo führt das letzten Endes hin? Bedaux-System sind Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsintensität, also keine Rationalisierung. Der Unterschied liegt darin, daß Rationalisierung technische, Bedaux organisatorische Maßnahmen sind.

Bedaux ist die Peitsche für höhere Arbeitsleistungen. Redner weist nach, daß die durch Rationalisierung erzielten Ersparnisse durch die Anschaffungskosten und die Erhaltung der Einrichtungen wieder aufgesaugt werden. Die Arbeitsintensierung, wie sie die neueren Systeme darstellen, wird bei besserer Konjunktur stärker betrieben werden, dafür aber die kostspieligen Rationalisierungsexperimente unterbleiben. Bei der Anbahnung dieser Anpeitschsysteme tauchen arbeitsrechtliche und tarifliche Probleme auf. Das Arbeitstempo wird wahnwitzig gesteigert. Die Nerven des Arbeiters müssen dabei zerrüttet werden. Gesunde Menschen werden in kurzer Zeit zugrunde gerichtet sein. Schon heute liegen Anweisungen der Unternehmer an ihre Meister vor, nur Arbeiter unter 35 Jahren einzustellen. Das wirksamste Mittel gegen dieses übersteigerte Arbeitstempo ist eine Verkürzung der Arbeitszeit, die aber zu keiner Minderung der Kaufkraft führen darf, denn sonst ist es zwecklos. Der körperlich hoch beanspruchte Mensch bedarf einer besseren Ernährung, die von höheren Verdiensten abhängig ist. In Zeiten guter Konjunktur wird diese Intensierung wieder zur Ausschaltung von Arbeitern führen. Besonders annehmen müssen wir uns der Jugendlichen, die mit ihrem unentwickelten Körper den Ansprüchen der modernen Arbeitsmethoden nicht gewachsen sind. Hier muß die Berufsschule in der Angliederung an die Volksschule einen Ausgleich schaffen. Die Tagung, die diesen lehrreichen Vortrag mit großem Beifall aufgenommen hatte, verzichtete auf eine Aussprache und ließ durch Fragestellungen strittige Punkte klären.

Gesundheitsgefahren in der Metallindustrie

Über dieses wichtige Thema sprach Genosse Dr. Meyer-Brodnitz, Berlin. Gesundheit ist das höchste Gut des Arbeiters! Dieses Wort stellte er an die Spitze seiner Ausführungen. Das Krankheits- und Unfallwesen beschäftigt den Betriebsrat sehr stark. Die Organisierung und Überwachung des Gesundheitsschutzes ist ihm übertragen. Im verflochtenen Jahr zählten wir 1,5 Millionen Unfälle, von denen 10 000 tödlich verliefen. Hiervon entfällt ein großer Teil auf die Metallindustrie. Die Leichtfertigkeit der Unternehmer in gesundheitspolitischen Dingen ist bekannt. Umfangreich sind die gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen über das Gesundheitswesen und den Unfallschutz, die ein Betriebsrat kennen muß.

Um dem Arbeiter seine schwere Arbeit zu erleichtern, haben wir Besserungen anzustreben. Ein normaler Mensch braucht 11 vH seiner Kraft, um sich aufrecht zu erhalten. Aus Gründen der Kräfteersparnis muß also überall zweckmäßige Sitzgelegenheit für den Arbeitenden gefordert werden. In der Metallindustrie spielen die rheumatischen Erkrankungen, die durch Erkältungen bei den Feuerarbeiten auftreten, eine bedeutende Rolle. Besonders sind von uns die Ermüdungserscheinungen zu beobachten, die durch die moderne Fließarbeit auftreten. Die Ermüdungserscheinungen äußern sich in der Regel erst beim Auftreten einer anderen Krankheit, die sie dann ungeheuer erschweren. Dem muß vorgebeugt werden. Forderungen aus gesundheitlichen Gründen sind Einflußnahme auf die Gangart des Arbeitsbandes, damit die Arbeitsleistungen dem Grade der Leistungsfähigkeit angepaßt werden können. Durch eine vernünftige Pausenregelung müssen Ruhezeiten festgelegt werden. Der Redner macht einen, mit gutem Material belegten

Streifzug durch die Berufserkrankungen in der Metallindustrie

Die anerkannten Berufserkrankungen sind heute den Unfällen gleichgestellt. Häufig sind die Bleierkrankungen. Befallene Menschen verraten sich durch eine graue Hautfarbe. Oft müssen sie erst durch andere auf ihren Zustand aufmerksam gemacht und einer ärztlichen Hilfe zugeführt werden. Diese Erkrankung entsteht am gefährlichsten durch Bleidämpfe, wie sie von den Nietern, Bleilöttern usw. eingeatmet werden. Former, Hüttenarbeiter sind den Vergiftungen durch Kohlenoxydgas ausgesetzt. Mehr Beachtung muß der Anwendung von Schutzgeräten gewidmet werden. Bauschlösser vollbringen oft waghalsige Kletterkunststücke ohne Schutzmaßnahmen, die ein Artist bestimmt nicht unternehmen würde. Hauterkrankungen, wie sie vornehmlich bei Galvanisierungen und Schwerölarbeitern auftreten, sind als Berufskrankheiten anerkannt. Der Kampf um die Anerkennung der Schädigungen durch Präblutwerkzeuge als Berufskrankheit ist erfolgreich abgeschlossen. Hier äußern sich gefährliche Schulterschäden. In einem Falle war einem Arbeiter durch den Rückschlag des Präblutwerkzeuges das Schultergelenk vollständig ausgeschliffen. Es ist Aufgabe der Betriebsräte, die Präblutwerkzeuge daraufhin zu prüfen, daß sie gegen Rückstoß genügend abgeduffert sind. In das Gebiet der Berufserkrankungen gehören die mit nervösen Störungen verbundenen Lärmerkrankungen und die Lärmschwerhörigkeit. Ferner sind Berufserkrankungen die Lungenerkrankungen, wie sie bei den Arbeitern in Thomasmöhlen auftreten und die Staublungenkrankungen, die durch Steinstaub in den Schleifmaschinen und durch Schlämme entstehen. Chlorhaltige Entfettungsmittel, wie sie in der Metallindustrie häufig zur Anwendung kommen, sind die Ursachen gefährlicher Erkrankungen für Nerven und Augen. Das moderne Lack-spritzverfahren erhöht diese Gefahren. Augenentzündungen und Blendungen bei Elektroschweißen liegen auf der Grenze von Unfall und Berufserkrankung. Die Edelmetallindustrie arbeitet mit Zyanalkali, von dem kleinere Mengen zu Blutungen, größere aber zum sofortigen Tode führen.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind verpflichtet, gesundheitliche Überwachung der Betriebe im engsten Einvernehmen mit den Betriebsräten auszuüben. Treten bei neuen Arbeiten verdächtige Erkrankungen auf, sollte baldigst der Gewerbe-medizinalrat geholt werden, um Aufklärung zu schaffen. Der Betriebsrat hat an den Betriebsrevisionen teilzunehmen. Unfallanzeigen müssen durch seine Hand gehen.

Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine Aussprache, in der weitere Berufserkrankungsmöglichkeiten dargestellt und Fälle aufgezählt wurden, die für den Metallarbeiter von Wichtigkeit sind.

Im vierten Punkt der Tagesordnung sprach unser Reichsbetriebsrätesekretär Kollege E. Bührig, Berlin, über die soziale Bedeutung der Betriebsrätewahlbewegung

Eingangs seiner Rede gab er wertvolles Zahlenmaterial über unsere Betriebsrätewahlbewegung des verflochtenen Jahres. Trotz dem Treiben der Kommunisten haben wie bei der vorjährigen Wahl sehr gut abgeschnitten. Nach der vom DMV veranstalteten Erhebung gehören von 28 845 gewählten Betriebsräten 22 667 gleich 78,6 vH dem DMV an; der Rest verteilt sich auf andere Gewerkschaften, Christen und Hirsche. Die

radikale Union erhielt 0,2 vH, die Kommunisten erhielten trotz ihres Lärmes nur 2,6 vH. Die wirtschaftsfriedlichen, Gelben, Stahlhelfer, Nazis usw. erreichten insgesamt 0,3 vH. Unorganisiert waren 3,1 vH. In 747 Unternehmungen der Metallindustrie wurden Betriebsräte in den Aufsichtsrat delegiert. Davon gehörten 700 dem DMV an. Das Ergebnis ist also für unseren Verband sehr gut, doch dürfen wir damit nicht zufrieden sein. In 235 Unternehmungen verzichteten die Betriebsräte auf das Recht einer Vertretung im Aufsichtsrat. Groß ist auch die Zahl der Betriebe, in denen die Arbeiter zu feig sind, sich überhaupt einen Betriebsrat zu wählen. Bestimmte Vorgänge veranlassen mich, davor zu warnen, daß Betriebsräte in Aufsichtsräten für diese Tätigkeit eine Entschädigung annehmen.

Der Redner bespricht ferner, die organisatorischen Verhältnisse der Betriebsräte in unserem Verband. Die Umwälzung in der Konzernbewegung macht eine Durchsicht der Konzernvertretungen notwendig. Unsere Einteilung muß auf 28 Gruppen festgelegt werden.

Von Unfernerseite wird der Vorwurf erhoben, daß mit den Betriebsräten Mißbrauch zugunsten der Gewerkschaften getrieben werde. Die Kommunisten und die Nazis ergänzen die Verdächtigungen mit der Behauptung, daß die Betriebsräte nur Anhängsel der Gewerkschaftsbürokratie seien. Dem haben wir entgegenzustellen, daß eine enge Verbindung zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten notwendig ist und durchaus dem Willen des Betriebsrätengesetzes entspricht.

Redner bespricht die aus den Erfahrungen geborenen Wünsche zur Verbesserung des Betriebsrätengesetzes. Es ist eine Erleichterung der Obmannswahlen anzustreben. Notwendig ist auch die Verlängerung der Amtsdauer der Betriebsräte. Wir Gewerkschafter haben uns für eine zweijährige Amtsdauer entschieden. Durch ein Gesetz sollten wir einen einheitlichen Wahltermin erstreben. Weiter sind Sicherungen zu schaffen, daß dem Betriebsrat nach beendigtem Arbeitskampf seine vollen Rechte erhalten bleiben. Nach einem Arbeitskampf liegt das Arbeitsrecht und der Tarifvertrag regelmäßig sehr im argen, so daß die regelnde Hand des Betriebsrates unbedingt notwendig ist. Umstritten sind ferner die Bezahlung der Geschäftsführungskosten für den Betriebsrat. Nach der geltenden Rechtsprechung macht man die Gewährung vom Nachweis der Notwendigkeit abhängig. Die Entscheidungen sind immer sehr schwierig. Eine neuere Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts legt fest, daß das Amt des Betriebsrates nicht sofort nach der Wahl wirksam wird, sondern erst, wenn ein bestätigender Anschlag ausgehängt wurde.

Für die bevorstehenden Betriebsrätewahlen ist es notwendig, daß die Wahlvorschriften peinlich genau beachtet werden. Wir werden in der Wahl mit den Kommunisten und Nationalsozialisten Auseinandersetzungen bekommen. Diese Kreise nehmen sehr gern die Gerichte in Anspruch, um unseren Betriebsräten etwas am Zeug flicken zu können. Dabei arbeiten sie mit Verdächtigungen und Verleumdungen, und darum müssen wir selbst den Schein einer Unkorrektheit vermeiden. Die Kommunisten treiben ein verwerfliches Doppelspiel. Uns kann niemand Selbstmordpolitik zumuten, darum ist es notwendig, daß wir jedem Kommunisten, der eine Kandidatur auf einer freigewerkschaftlichen Liste erstrebt, vor der Wahl eine Erklärung über seine Haltung gegenüber den KPD-Zerstörungspartien abnehmen.

Die Nazis werden in diesem Jahr überall mit eigenen Listen auftreten, nachdem sie bisher in der Regel auf anderen Listen mitkandidierten. Sie machen große Anstrengungen, um Betriebsratsposten besetzen zu können. Sie befinden sich damit im vollkommenen Widerspruch zu ihrem Theoretiker Feder, der in der bekannten Rundfunkausprache mit Professor Nölting die Arbeit der Betriebsräte als dummes Geschwätz bezeichnete. Nach der Meinung der Nazis hat im Betrieb nur einer zu bestimmen, und die anderen nur zu arbeiten. Das ist die Meinung, die sie von den Unternehmern vorgeschrieben erhalten und für die sie auch von den kapitalistischen Herrschaften ausgehalten werden. Die Nazis bestreiten den Betriebsrätewahlkampf mit kommunistischen Phrasen. Wir müssen zum Abwehrkampf uns rüsten und den letzten Mann für die Stärkung unseres Arbeitsrechtes heranziehen.

Dem Vortrag folgte eine gute Aussprache, in der die Kollegen aus den Betrieben ihre Erfahrungen zum Ausdruck brachten. Es beteiligten sich die Kollegen Beisenbruch (Bochum), Frensch (Duisburg), Bauer (Augsburg), Schmitz (Hamburg) und Fritsch (Gelsenkirchen). Genosse Jünger vom Deutschen Werkmeister-Verband machte wertvolle Ausführungen über das Zusammenwirken der Arbeiter, Angestellten und Meister in den Betrieben.

Im Schlußwort besprach Bührig ein kommunistisches Rundschreiben, in dem die kommunistischen Nachläufer aufgewiesen werden, unbedingt in allen Betrieben RGO-Listen aufzustellen und auf ihnen auch Nazis aufzunehmen. Das ist der Gipfel politischer Verleumdung. Die bevorstehende Betriebsratswahl ist ein Teil des Kampfes um die Erhaltung unseres Arbeitsrechtes und die Sicherung der demokratischen Republik.

Annahme fand folgende

Entschließung zur Betriebsrätewahl

Die mit der furchtbaren Wirtschaftskrise verbundene Arbeitslosigkeit benutzt das Unternehmertum zum gewaltigen Druck auf die sozialen Errungenschaften. Der Ausgang der Reichstagswahlen mit seinen nationalsozialistischen und kommunistischen Erfolgen, hat die politische und wirtschaftliche Reaktion gestärkt. In dem Wahlergebnis sah sie eine erhebliche Schwächung der Macht der organisierten Arbeiterschaft. Sofort nach den Wahlen setzte deshalb ein unerhörter Lohndruck ein, der die Massenkaufkraft und damit den Warenabsatz außerordentlich schwächt, die Wirtschaft noch schwerer schädigt und die Arbeitslosigkeit noch verschlimmert.

Dieser Lohnabbau soll fortgesetzt werden, soll selbst da erzwungen werden, wo die Tarifverträge noch laufen. Die gesamte Arbeiterschaft hat deshalb die Pflicht, in dieser schweren Zeit die höchste Geschlossenheit zu beobachten. Nur dann wird sie in der Lage sein, die beabsichtigten weiteren Attentate der Reaktion zu verhindern. Die Betriebsrätewahlen bieten die beste Gelegenheit, diese Geschlossenheit der Arbeiterklasse zu zeigen.

Metallarbeiter, Metallarbeiterinnen! Laßt Euch nicht erneut durch eine skrupellose Agitation der RGO und der Nazis zur Zerstörung der Arbeiterfront verleiten, macht Euch nicht mitschuldig an einer weiteren Schädigung der Interessen der Arbeiterklasse! Denkt an die Erfahrungen, die mit den von der RGO empfohlenen roten Betriebsräten in Berlin, Chemnitz, Leipzig, im Ruhrgebiet und an anderen Stellen gemacht worden sind! Keine Stimme einer Liste, die von der RGO empfohlen wird!

Widerstehet Euch dem frechen Versuch der Nationalsozialisten und ihres gelben Anhangs, die sich ganz offen als Feinde der Betriebsräte, als haßerfüllte Gegner jeder selbständigen Arbeiterorganisation bezeichnen und dennoch eigene Kandidaten aufstellen, um damit die Arbeiterfront zu zersetzen.

Die Konferenz des Reichsbetriebsrats der Betriebsräte und der Konzernvertreter erinnert an die Beschlüsse des Betriebsrätewahlkongresses sowie der Verbandstage des DMV und verpflichtet noch einmal die Mitglieder zur strengsten Einhaltung derselben.

Jeder denkende Arbeiter, jede denkende Arbeiterin muß die Liste der freien Gewerkschaften unterstützen, muß für sie unermüdet werben!

Nach einer ermunternden Schlußansprache unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Reichel wurde die eindrucksvolle Tagung geschlossen. Die Betriebsräte sind mit neuen Waffen wieder ins Land gezogen, um die Angriffe der offenen und versteckten Reaktion siegreich abzuwehren zu können.

SCHRIFTENSCHAU

Sozialistische Erziehung als gesellschaftliche Forderung. Von Stadtrat Dr. Kurt Löwenstein M.d.R. Ladenpreis 80 Pf. Preis für Verbände 60 Pf. Freier Schulverlag GmbH, Berlin C 25, Landsberger Straße 87. Die Broschüre enthält den Vortrag, den Löwenstein am 12. Oktober 1930 auf der Erziehungstagung in Braunschweig gehalten hat. Diese Schulfortschrittler gehen von dem Grundsatz aus, daß das öffentliche Schulwesen, die Erziehung, nicht nach Dressurregeln von Erziehungsschulstern getrieben wird. Der Vortrag Löwensteins zeigt, welche gesellschaftliche Aufgabe das öffentliche Schulwesen zu erfüllen hat. Sie wird in dem kommenden Kampf um das Reichsschulgesetz ein wichtiger Berater sein.

Der praktische Starkstrom-Betriebstechniker. Handbuch für Techniker, Betriebsmonteure und Berufsschulen von Paul Seeger, Oberlehrer an der staatlichen elektrotechnischen Lehranstalt in Köln. Das Buch ist mit 564 Abbildungen, einer Beilage und zahlreichen Tabellen versehen. Preis broschiert 20 M., gebunden 25 M. Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), Stuttgart. Das Handbuch will aus der Praxis heraus den Betriebstechnikern und Monteuren die Eigenschaften und Schaltungen der elektrischen Maschinen, Transformatoren und Akkumulatoren näherbringen. Die lehrreichen und klaren Abbildungen ermöglichen ein volles Verständnis.

Greilling Schwarz Weiss



ist und bleibt die weitaus beste Zigarette dieser Preislage, denn sie enthält eine echt macedonische Mischung

PACKUNGEN ZU -,40 U. 1,20 RM. MIT SPORT-LEHRBILDERN

100 000 zufriedene Kunden



Die Spitzenleistung

der deutschen Spracherziehung

der deutschen Spracherziehung

Ohne Anzahlung - 7 Tage

Los Heinrich

Berlin N 65, Lützenstr. 5-8

Wollweber

Für wenig Geld

verarbeitete Schokolade

und Aktien

Beste Qualität

Beste Qualität

Beste Qualität

Beste Qualität

Beste Qualität

Beste Qualität

Beste Qualität

Beste Qualität

Beste Qualität

Beste Qualität

Beste Qualität

Christ
Bettfedern
1000 Dankeschreiben
1 Pf. gr. - 80 u. 150
weil e 3,50, 2,50, 4,50
Spez 5., Dunnen 8.,
Oberbett 16., u. 12,50,
Kissen 4,50, 6,50, 11,
servetten 17., u. 18,50.
Nurster u. Pechl, vers-
samt 9 Pf. 8. gegen
Nachschickung
Geld zurück.
Josef Christ Nacht
Chem 400 (Bay.)

Wilhelm Pahr
Beratung
Berlin, Brunnenstraße 78
Elektroniker durch Fernunterricht
Prüfung 8 frei. - Privatlehrgänge Dipl.-Ing.
LESSLER, Berlin-Wilmersdorf, Wilmersburger Str. 54

BETTEN
KROPP
KOLLEGEN!

Kropf
Kollegen!
Les die Betriebsrat-Zeitschrift

Durch Vermittlung der Verwaltungsstellen unseres Verbandes liefern wir an unsere Mitglieder billigst:
Arbeiterrechtsliteratur und Gesetzbücher, Werke über Sozialpolitik und Arbeiterbewegung, Unterhaltungsliteratur usw. usw.
Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
Berlin SW 68 • Alte Jakobstraße 148-155

Josef Witt, Weiden 84 Oberpfalz.
Größtes Baumwollschwarz-Spezialvertriebshaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken.
Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte.
gibt wie folgt ab:
1. Weißes Hemdentsch - 28
2. Vorhangstoff - 19
3. Hemdenflanel - 23
4. Hemdenflanel - 39
5. Stuhluch - 1.15
6. Handtücher - 1.25
7. Strickwolle - 1.95
Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.